

43320:47

ISPA
787
/1947

1832

Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Protokoll

der
Verhandlungen

Ordentlichen Parteitages

vom 30. 31. August 1947

in Volkshaus

in Basel

Dr. Fritz Lehmann

Dr. Fritz Lehmann

Dr. Fritz Lehmann

6. Nationalratswahlen 1947

Oprecht: Die beiden Referate werden getrennt gehalten. Ich ersuche die französisch sprechenden Genossen, sich in das besondere Lokal zur Anhörung des Referates von Genosse Humbert-Droz zu begeben. Genosse Bringolf wird das deutsche Referat halten.

W. Bringolf, Referent: Schon heute vormittag ist auf den Parteitag, der im Mai 1938 hier in Basel stattfand, hingewiesen worden, ein Parteitag, der außerordentlich stark beeindruckt wurde durch die am Samstag unserer damaligen Tagung durch die Presse eingetroffene Meldung von den Vorbereitungen der nationalsozialistischen Aktion gegen die Tschechoslowakei. Jene Genossen, die damals am Parteitag teilnahmen, und es sind eine ganze Reihe solcher Genossen da, werden sich noch an die bewegte, an die ergreifende Stunde, die uns jene Nachricht bot, erinnern.

Seither hat unsere Partei eine Bewährungsprobe bestanden, die nicht allein war. Es liegt mir gar nicht daran, uns dafür irgendwelche Belobigung auszusprechen. Aber es wäre eine falsche Bescheidenheit, wenn wir nicht im Blick auf den Basler Parteitag 1938 und im Blick auf die zwischen damals und heute liegenden Ereignisse doch feststellen würden, daß die Sozialdemokratische Partei der Schweiz, daß die Arbeiterschaft diese schwer aufwühlenden Ereignisse dank ihrer Ueberzeugung, dank ihres unerschütterlichen Bekenntnisses zum Sozialismus und auch dank ihrem Mut und ihrer Entschlossenheit gut überstanden hat. Man darf sogar beifügen, daß im Blick auf die Parteien der Schweiz es die Sozialdemokratische Partei war, die in ihrer Haltung gegenüber dem Faschismus und Nationalsozialismus, in ihrer Haltung gegenüber den Gefahren, die uns alle bedrohten, stark blieb, ein Zentrum des Widerstandes war und widerstandsfähig auch keinen Augenblick auf ihre Aktivität verzichtet hat. Die Partei betrachtet dies als eine Selbstverständlichkeit. Aber die Partei darf auf diese Vergangenheit mit Stolz zurückblicken. Sie ist nur aus einer jahrzehntelangen Schulung, aus einer in jahrzehntelangen Kämpfen gefestigt gewordenen sozialistischen Ueberzeugung zu erklären.

Vor genau vier Jahren, in den ersten Septembertagen 1943, hat der schweizerische Parteitag in Winterthur die programmatische Plattform für die Nationalratswahlen 1943 gegeben. Jene Wahlen fanden im Blick auf das Kriegsende, auf den militärischen Zusammenbruch des Faschismus und des Nationalsozialismus und auf den Sieg der demokratischen Kräfte der Welt statt. Für die Sozialdemokratische Partei bedeuteten jene Wahlen auch eine Orientierung auf die Nachkriegszeit und für die Nachkriegspolitik.

Der Parteitag 1943 genehmigte und proklamierte das Programm und den Kampf um eine «Neue Schweiz».

In dieser festen zuversichtlichen Haltung ist die Sozialdemokratische Partei in die Nachkriegszeit eingetreten im Bewußtsein ihrer Verantwortung und Verpflichtung gegenüber der Arbeiterklasse unseres Landes, im

Bewußtsein auch ihrer Verantwortung und Verpflichtung gegenüber dem ganzen Lande und dem ganzen Volke.

Der Wahlerfolg ist im Jahre 1943 nicht ausgeblieben. Wir sind im Jahre 1943 im Nationalrat zur stärksten Fraktion geworden. 56 Sozialdemokraten sind am letzten Oktobersonntag 1943 gewählt worden. Wir haben Gebiete unseres Landes erobert, die uns bisher verschlossen waren. Ich erinnere an Freiburg, an den Kanton Glarus, ich erinnere aber auch an Wahlerfolge in andern schwer zu bearbeitenden politisch rückständigen Gebieten unseres Landes, wenn sie auch nicht zu Mandaten führten.

Im Ständerat gelang es uns zum erstenmal, eine verhältnismäßig stärkere Position zu erringen, dadurch, daß unsere Ständeratsfraktion auf 6 erhöht werden konnte. Unterschätzen wir unsere Position im Ständerat nicht. Beide Kammern sind gleichbedeutend. Beide Kammern sind deshalb für die Politik unseres Landes wichtig, und ich hoffe bestimmt, daß wir bei den bevorstehenden Wahlen die Bedeutung des Ständerates auch nirgends in keiner Weise unterschätzen werden.

Aus dem Wahlerfolg 1943, aus der Stärkung der Partei und ihrer parlamentarischen Stellung, aber auch aus der damaligen politischen Konstellation im Blick auf die Nachkriegszeit waren die bürgerlichen Parteien gezwungen, uns einen Vertreter im Bundesrat einzuräumen. Noch zwei Jahre vorher wagte man es nicht, einen Sozialdemokraten in den Bundesrat aufzunehmen, weil man in den bürgerlichen Kreisen das Stirnrunzeln Hitlers befürchtete. Schon zwei Jahre später, als sich die kriegserische Entwicklung geändert hatte, als unsere Partei mit einem Wahlerfolg in die neue Amtsdauer der Bundesversammlung eintrat, hat man uns endlich die Vertretung im Bundesrat eingeräumt. Sie ist uns nicht geschenkt worden. Sie ist das Ergebnis unserer Stärke und unseres Einflusses. Ich möchte bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, weil damals auch bei mir Bedenken gegen die Teilnahme am Bundesrat bestanden, daß diese Bedenken glücklicherweise keine Konsequenzen hatten. Ich kann feststellen, daß Genosse Nobs Wert darauf legt, mit der Partei, mit der Fraktion, mit der Geschäftsleitung eng zusammenzuarbeiten und in einem ununterbrochenen Kontakte zu stehen, weil auch Genosse Nobs genau weiß, daß seine Stellung im Bundesrat so stark ist, wie die Partei stark und einflußreich ist. Ich möchte dem Genossen Nobs auf seinem exponierten Posten für das, was er getan hat und für das, was er tun wollte und ihm nicht gelang, den Dank aussprechen.

Die «Neue Schweiz» ist heute erst recht unser Programm für den Kampf um die wirtschaftliche, soziale und politische Neugestaltung unserer Demokratie. Sie ist gewachsen aus der Erkenntnis der tiefen, umfassenden Krise, die der erste und der zweite Weltkrieg eindrücklich manifestierten, aus dem Begreifen der aufwühlenden moralischen und geistigen Erschütterung, die Hand in Hand mit den wirtschaftlichen Krisen das Antlitz der Zivilisation und der Kultur entstellten.

Unser erster Schritt im Ringen um die wirtschaftliche und soziale Demokratie als unerläßliche Bestandteile einer wahren Demokratie wurde

durch die Initiative «Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit», gemeinsam beschlossen und eingeleitet durch die Sozialdemokratische Partei der Schweiz und den Gewerkschaftsbund, getan. Das Schweizervolk mußte vor die grundsätzliche Entscheidung über den Kurs der Wirtschafts- und Sozialpolitik unseres Landes gestellt werden. Diese Entscheidung war klar zu treffen und nicht in der verschwommenen, allen Zweideutigkeiten Raum lassenden Art und Weise, wie es die Initiative des Landesrings versuchte. Nur der Tatsache, daß unsere Initiative eingeleitet wurde, 167 000 Unterschriften vereinigte, ist es zuzuschreiben, daß in den Wirtschaftsartikeln der Bundesverfassung, die seit dem Jahre 1939 ruhten, im ersten Jahre der Nachkriegszeit von den bürgerlichen Parteien der Versuch einer Verständigung mit uns unternommen wurde. Ohne unsere Initiative, ohne unsere Entschlossenheit im Kampf um den Ausbau unserer politischen Demokratie zur Sicherung der Existenz der Arbeiter und Angestellten, wären diese bürgerlichen Zugeständnisse nie erreichbar gewesen. Trotzdem haben wir unsere Initiative aufrechterhalten. War das richtig? Ohne Zweifel war es richtig. Wir mußten mit einer Verwerfung unserer Vorschläge einer Verfassungsreform am 18. Mai 1947 rechnen. Wir durften als Sozialisten jedoch unter keinen Umständen auf diese Etappe in der grundsätzlichen Auseinandersetzung über die künftige Wirtschafts- und Sozialpolitik verzichten. Darin liegt ein Stück demokratischer Schulung und Erziehung der Arbeiterschaft und des ganzen Volkes und darin liegt auch ein Stück Politik, die ihre eigentlichen Erfolge erst in der Zukunft verzeichnen wird. War es richtig, nach der Verwerfung unserer Initiative den Wirtschaftsartikeln zuzustimmen? Da und dort zeigten sich in unsern Reihen Hemmungen. Die Hemmungen waren aus den Gefühlen und im Blick auf die wüste Art und Weise, in der unsere Initiative bekämpft wurde, verständlich. Die Partei durfte sich jedoch von diesen Gefühlen nicht leiten lassen. Sie hatte nach dem 18. Mai ein Interesse daran, den 6. Juli zu einem vollen Erfolge zu gestalten. Der 6. Juli ist zu diesem Erfolge geworden. Die Alters- und Hinterbliebenenversicherung hat eine nie verzeichnete Mehrheit unseres Volkes vereinigt und obwohl die maßgebenden bürgerlichen Parteien ihren Anteil an diesem Erfolge in Anspruch nehmen, darf die Sozialdemokratische Partei der Schweiz ohne Ueberheblichkeit und im Blick auf die vergangenen Jahrzehnte die Annahme der Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung als einen ihrer großen Erfolge im Ringen um eine fortschrittliche Sozialpolitik betrachten.

Wären wir nicht so entschieden für die Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung eingetreten, dann wäre die Schwankung in den bürgerlichen Kreisen in verhängnisvoller Art und Weise zur Auswirkung gekommen. Aber wenn die Freisinnigen und Katholiken etwa die Nationalratswahlen mit dem Hinweis auf die Leistung bei der Abstimmung über die Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung fruktifizieren wollen, dann werden wir daran erinnern, daß noch knapp vier Jahre vor dem 6. Juli 1947 selbst Bundesrat Stampfli eine Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung für unser Land und seine Finanzen als unmöglich bezeichnete. Dann werden

wir daran erinnern, daß der Generalsekretär der Katholisch-Konservativen Partei offen gegen eine Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung eingetreten ist. Die Partei und der Gewerkschaftsbund sind wie selten einmal in voller Ueberzeugung marschiert, für ein Werk eingestanden, an dessen Gestaltung unsere Nationalrats- und Ständeratsfraktion maßgebenden Anteil haben, an dessen Gestaltung und Erfolg besonders auch der Vorsitzende des schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Genosse Robert Bratschi, maßgebenden Anteil für sich in Anspruch nehmen kann. Der 6. Juli brachte aber auch, knapp aber klar, die Annahme der revidierten Wirtschaftsartikel der Bundesverfassung. Volk und Stände haben eine Mehrheit zu verzeichnen. Ohne die Arbeiterschaft wäre dieser positive Volksentscheid unmöglich gewesen. Das muß man sich in allen Kreisen, die an der Annahme der Wirtschaftsartikel interessiert waren, aber auch bei den Gegnern, merken. Die gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiterschaft hat durch die Zustimmung zu den Wirtschaftsartikeln gezeigt, daß es ihr immer wieder um die Sache des ganzen Volkes geht, auch wenn ihre eigene Sache nicht immer und entsprechend ihren Forderungen und Wünschen volle Berücksichtigung findet. Die Annahme der Wirtschaftsartikel am 6. Juli durch das Schweizervolk bedeutet für uns eine klare Abkehr von einer wirtschaftlichen Vergangenheit, die zwar durch die Entwicklung längst überholt war, aber in der Fiktion als «freie Wirtschaft» mit dem freien Spiel ungehemmter Kräfte noch immer aufrecht erhalten wurde. Wer an dieser Interpretation zweifelt, möge sich an den gegnerischen Argumenten vor dem 6. Juli und an den Kommentaren der Unterlegenen nach dem 6. Juli die erforderlichen Instruktionen holen. Im Kampfsjahr 1947, dessen Abstimmungstermine von gewissen Kreisen für die Sozialdemokratische Partei der Schweiz nicht ohne Absicht ungünstig angeordnet wurden, bedeutet der 6. Juli eine Etappe und einen Wendepunkt. Unser Land ist durch diese Entscheidungen in den Zeitabschnitt des gewaltigen, großen Ringens um den demokratischen Sozialismus eingetreten.

Was ist der demokratische Sozialismus?

Wir stellen diese Frage, weil sie im Blick auf das düstere Bild der Nachkriegszeit, im Blick auf die Enttäuschungen, die uns seit dem Kriegsende nicht erspart blieben, erst recht in das Zentrum der großen Auseinandersetzungen über Vergangenheit und Zukunft gerückt wurde. Immer klarer hebt sich diese Frage aus dem Wirrwarr der Tage und des Tageslärms ab. Der demokratische Sozialismus will Planwirtschaft und Demokratie, sozialistische Ordnung und Freiheit der Persönlichkeit, soziale Gerechtigkeit und Respekt vor dem privaten Lebenskreis jedes Menschen durch den Ausbau der politischen Demokratie, durch ihre bewußte, überlegte Weiterentwicklung gestalten und verbinden.

Nun fragen viele: Ist die Demokratie, ist die Freiheit der Persönlichkeit mit einer gelenkten Wirtschaft, mit einer planmäßigen Produktion und Verteilung, mit einer planmäßigen Einfuhr und Ausfuhr der Güter und Erzeugnisse überhaupt vereinbar? Führen diese Strukturänderungen

unserer Wirtschaft, die die Vormachtstellung des Großkapitals aufheben, die mit der Vollbeschäftigung, also der Sicherung der Existenz aller arbeitenden Menschen in Stadt und Land verbunden werden muß, führen sie nicht vielmehr zur Unfreiheit, zur Staatsallmacht, zur totalen Herrschaft der staatlichen Bürokratie? Wir verstehen diese Fragen. Sie werden besonders aus jenen Kreisen gestellt, wie «fliegende Teller» immer wieder in die öffentliche Diskussion geschleudert, wenn es um die Sache des arbeitenden Volkes, um seinen Kampf gegen die Ursachen der wirtschaftlichen Depressionen, um die Sicherstellung seiner Existenz geht. Muß das nicht gerade unser Mißtrauen schärfen? Wer ist es denn eigentlich, wenn wir näher zusehen, der der Arbeiterschaft den angeblichen Verlust der Freiheit ersparen will? Wie sehen sie denn aus, wenn wir näher zusehen, die zynisch oder besorgt ihre Stimme gegen die Allmacht der Bürokratie, gegen die Gefahr der Planwirtschaft und der Vollbeschäftigung erheben?

Es sind jene Kreise aus der Wirtschaft, dem Handel und der Hochfinanz, die gestern zugeben mußten, daß sie dem Arbeiter, Angestellten, dem Techniker und Freierwerbenden leider die Geißel der Arbeitslosigkeit nicht ersparen konnten,

die heute erklären, daß es keine wirtschaftliche Ordnung gebe, die die Sicherheit der Existenz der Werktätigen zu gewährleisten vermöge, die nicht verheimlichen, daß Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit immer dagewesen seien und immer wiederkehren würden.

die heute, in der Zeit unserer nichts weniger als etwa gesunden Hochkonjunktur leise jammern, weil es keine Reservearmee aus beschäftigungslosen Arbeitern gibt, um mit ihr auf die übrige Arbeiterschaft und deren Arbeitsbedingungen einen «sanften», selbstverständlich rein demokratischen Druck auszuüben.

Vielleicht gäbe es eine solche Reservearmee beschäftigungsloser Arbeitskräfte, wenn nicht die Extraprofite noch mehr locken würden, als die Führung des Klassenkampfes von oben.

Es wäre mehr als merkwürdig, wenn der menschliche Geist, nach alledem was hinter uns liegt, ausgerechnet vor der Aufgabe der Gestaltung einer wirtschaftlichen und sozialen Ordnung versagen würde, die nicht nur die Arbeiterklasse, sondern unser ganzes Volk von der drohenden Gefahr neuer Krisen, neuer Not befreien würde. Das käme einer feigen Flucht vor der sozial gegebenen Verantwortung gleich.

Wir Sozialisten sind entschlossen, unsere Verantwortung in diesem Ringen zu übernehmen. Wir sind bereit, mit allen zusammenzuarbeiten, die fühlen und wissen, daß es nicht nur und nicht mehr darum gehen darf, vorübergehende Konjunkturmögen auszunützen, sich von ihnen emportragen zu lassen und dann, wenn der Rückschlag oder Absturz droht, ändern die bitteren Folgen dafür aufzuladen und den beschimpften und bekittelten Staat als Helfer in der Not anzurufen. Wir sind bereit, mit allen jenen zusammenzuarbeiten, über die Arbeiterschaft hinaus, mit Technikern, Angestellten, Wissenschaftlern und Ingenieuren, die ihre Kraft,

ihr Wissen und ihre Arbeit für eine dauernde Sicherung der Grundlagen der Existenz unseres Volkes zu verwenden bereit sind. Uns ist das Leben, die Arbeitskraft, die Existenz des Arbeiters kostbar. Darum steht seine Sicherung im Mittelpunkt unseres Kampfes. Ebenso kostbar aber ist uns die Freiheit des Einzelnen, die Freiheit der Persönlichkeit, die Freiheit des Wortes, der Kritik und der uns allen unentbehrlichen übrigen wertvollen Errungenschaften des bürgerlichen Zeitalters. Gerade im Blick auf die Nachkriegszeit, die da und dort schon alle Zeichen der Nachkriegskrise aufweist, gerade im Blick auf die große Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Ost und West, bekennen wir uns zur Freiheit der Persönlichkeit, die nie absolut, nie im luftleeren Raum, sondern immer in Beziehung zu anderen Menschen bestanden hat. Diese Beziehungen gilt es neu zu begreifen und zu gestalten und mit der Sicherung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Existenz des arbeitenden Menschen zu vereinigen.

Der Freiheitsbegriff und die Auffassung über die Freiheit der Persönlichkeit ist wie alle Dinge Entwicklungen unterworfen und konnte sich wesentlichen Wandlungen nicht entziehen. Immerhin hat sich jener Teil des Freiheitsbegriffes, der mit der Menschenwürde, mit der Menschwerdung als ewige Sehnsucht der Unterdrückten und Geknechteten verbunden ist, nicht gewandelt. Das 19. Jahrhundert, der Uebergang ins 20. Jahrhundert, das Zeitalter des aufstrebenden und sich entfaltenden Kapitalismus haben das Klassenbewußtsein der Industriearbeiter, der Proletarier gefördert. Dieses Bewußtwerden des Arbeiters um seine eigene Existenz und um seine eigene Sache gehört zu den großen geistigen Errungenschaften der Arbeiterbewegung im Zeitalter des Liberalismus. Ohne die Entwicklung der sozialistischen Erkenntnisse von der Utopie zur Wissenschaft wäre diese geistige Errungenschaft unerreichbar gewesen. Erst das Wissen um die Abhängigkeit der Arbeit und des Besitzers der Arbeitskraft von den Produktionsverhältnissen, vom Kapital, entwickelte die Erkenntnis der Tatsache, daß der wirtschaftlich unterdrückte, abhängige, arbeitende Mensch immer wieder zum Spielball und Opfer der Konjunkturschwankungen, der Krisen und der Erschütterungen der Wirtschaft, aber auch zum Opfer geistiger Unselbständigkeit und Unfreiheit werden muß. Ohne das Klassenbewußtsein gibt es keine Entwicklung des Denkens und Bewußtwerdens darüber, daß erst der Kampf um die Befreiung von der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Kapital den Weg freilegt für eine neue höhere Stufe der Gemeinschaft des Volkes, für eine Entwicklung in der Stufe des Volkes, die die Klassen aufhebt. Daraus ergibt sich, daß die Entwicklung der Persönlichkeit mit dem Bewußtwerden über ihre wirtschaftliche und soziale Existenz eng verknüpft ist und sich erst dann voll entfaltet, voll entfalten kann, wenn sie sich aus der Abhängigkeit, materiell und geistig, veralteter und verkrampfter Produktionsverhältnisse, die für uns kapitalistische Eigentumsverhältnisse sind, löst. Der Wandel des Freiheitsbegriffes drückt sich in einer Veränderung der Stellung der Persönlichkeit zur Gemeinschaft aus. Die Freiheit der Persönlich-

keit hat nur dann Sinn und Inhalt, wenn sie erfüllt ist vom Bewußtsein der Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft des eigenen Volkes, wenn sie zum Dienst am eigenen Volke wird.

Die objektiven Vorbedingungen für eine solche Entwicklung kann nur der demokratische Sozialismus schaffen. Er will die Wirtschaft zur Sache des ganzen Volkes machen. Er will das Kapital in den Dienst der Arbeit stellen. Er will den arbeitenden Menschen wirtschaftlich und sozial zu einem im vollen Umfange Gleichberechtigten werden lassen. Und doch will das nicht etwa heißen, daß es allein die wirtschaftlichen Tatsachen und Dinge sind, die das geistige Leben des Menschen oder gar den Ablauf der geschichtlichen Ereignisse bestimmen. Wieder einmal lehnen wir diese von unseren politischen Gegnern immer wieder präsentierte vulgäre Interpretation des Marxismus oder des Sozialismus ab. Auch Marx und Engels, die Begründer der materialistischen Geschichtsauffassung, haben nie eine andere Auffassung vertreten. Noch im September 1890 schrieb Friedrich Engels in einem Brief an Josef Bloch, daß es eine Wechselwirkung aller im Leben einer menschlichen Gemeinschaft vorhandenen Tatsachen und Erscheinungen gebe, also keinen ökonomischen Determinismus oder Fatalismus, wenn sich schließlich auch im Laufe der Entwicklung die ökonomischen, also die wirtschaftlichen Elemente immer wieder Geltung verschaffen oder sogar durchsetzen. Wir machen unsere Geschichte selbst, und zwar einmal unter sehr bestimmten Voraussetzungen und Bedingungen, und unter diesen Bedingungen sind die ökonomischen sicherlich von großer Bedeutung. Aber auch die geistigen, die politischen Bedingungen, der Charakter und die Veranlagung der Persönlichkeit, schließlich auch die Denkgewohnheiten und die Traditionen haben ihren wichtigen Platz. Es sind also unzählige, einander durchkreuzende Kräfte, aus denen sich schließlich eine geschichtliche Resultante, also das Ergebnis einer Entwicklung oder einer Entwicklungsetappe ergibt. Und dieses Ergebnis kann im kleinen und im großen immer nur eine Art Gesamtdurchschnitt sein. Es entspricht nicht dem Wunsche oder den Erwägungen des Einzelnen. Und doch ist es auch von ihm beeinflusst, weil es die Summe ungezählter Einzelwillen, entstanden unter allen den verschiedenen Vorbedingungen, die ich erwähnte, darstellen. Ich lege ganz besonderen Wert darauf, wieder einmal diese, vielleicht etwas theoretisch anmutenden Feststellungen zu machen, um Freunden und Gegnern unseren geschichtlichen, unseren geistigen Standort deutlich darzulegen.

Eine entscheidende Erkenntnis der Begründer der materialistischen Geschichtsauffassung ist bisher von bürgerlicher Seite nicht widerlegt worden. Der wachsende Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte einerseits und den privaten Eigentumsverhältnissen andererseits ist eine Tatsache. Aus diesem Widerspruch erwachsen ununterbrochen neue soziale Spannungen und Konjunkturschwankungen, die bis zur krisenhaften Erschütterung der Wirtschaft führen können. Dieser Widerspruch verhindert eine krisenfreie wirtschaftliche Ordnung. Niemand übersieht auch, daß die kollektive Erzeugung der zum Leben notwendigen

Güter sich ununterbrochen ausdehnt, immer mehr menschliche Arbeitskraft beansprucht, und daß die private Aneignung und Verfügungsgewalt über die produzierten Güter deshalb zu einem Anachronismus wird. Aber hier liegt die Wurzel der Profitwirtschaft. Profite sind nur möglich, wenn Güter kollektiv, also von großen Massen erzeugt werden, und wenn sie von einigen wenigen als ihr Eigentum beansprucht und verwendet werden können. Es gibt arbeitsloses Einkommen. Daß es sozial ungerecht und unmoralisch ist, darüber gibt es bei uns keine Diskussionen. Wer aus der Arbeit anderer lebt, wer aus der Arbeit anderer sogar üppig und luxuriös lebt, ist ein Parasit, denn er nimmt dem Armen sein Obdach und er verkleinert ihm sein tägliches Stück Brot.

Der Kampf um die Lösung der Probleme der Gegenwart und Zukunft durch den demokratischen Sozialismus stößt aber nicht nur bei den Anhängern der privatkapitalistisch orientierten Produktionsweise, bei den Vertretern der Vergangenheit auf entschiedenen Widerstand, sondern ihm sind leider auch andere Gegner erwachsen. Auch darüber muß man in diesem Zusammenhang einige Worte aussprechen und einige Tatsachen feststellen. Der demokratische Sozialismus entspricht in unserem Lande, aber auch in den meisten anderen europäischen Ländern der geschichtlichen Entwicklung und den geschichtlichen Gegebenheiten. Für alle diese Länder gibt es keinen anderen Weg zum Sozialismus. Ein Krieg und insbesondere eine Nachkriegszeit mag das Urteil für eine derartige Feststellung beeinträchtigen oder trüben. Wir dürfen uns dadurch nicht verwirren oder beirren lassen. Nur durch den Ausbau, durch die Weiterentwicklung unserer Demokratie ist der Weg zum Sozialismus möglich.

Die objektiven Bedingungen lagen in dieser Beziehung in der Sowjetunion anders und sie liegen auch anders in einer Reihe von osteuropäischen Staaten. In den meisten dieser Staaten gab oder gibt es, wenn man zurückblickt, keine demokratische Vergangenheit. Nun zeigt aber gerade das Beispiel *Deutschland*, dessen führende Kreise auf eine mehr oder weniger demokratische Vergangenheit zurückblicken vermögen, wie schwer es ist, ein Volk zur Mitverantwortung, seine Bürger an der Gestaltung ihres täglichen Lebens, an der Gestaltung ihres Staates zu erziehen. Dazu braucht es also, sowohl in der Sowjetunion als in andern Ländern Osteuropas Zeit. Der Weg dort ist ein anderer als der Weg bei uns oder in England oder in Schweden oder in Frankreich oder in Norwegen oder in andern Ländern, die auf eine ähnliche wirtschaftliche Entwicklung zurückblicken können.

Der Kampf um den demokratischen Sozialismus muß sich aber auch im gegenwärtigen weltpolitischen Aspekt behaupten und durchsetzen. Wenn wir nur auf schwarz-weiß darstellen, stehen wir einer Polarisierung der weltpolitisch maßgebenden Mächtegruppen gegenüber. Washington, die USA, einerseits — Moskau, die Sowjetunion, andererseits. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika alle Erscheinungen des übersteigerten, auch schon krankhaft gewordenen Hochkapitalismus, verkörpert durch ein Zweiparteiensystem, wobei beide Parteien im wesentlichen in ihren Grund-

anschauungen übereinstimmen. Eine demokratische Linkspartei, die zur dritten Partei werden könnte, wird in den Vereinigten Staaten von Nordamerika nur unter ungeheuer schweren Bedingungen bestehen können, wenn sie nicht überhaupt schon in der Geburtsstunde erwürgt wird.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika sind auch nicht ganz unschuldig für die Krise, die England jetzt heimsucht. Gewiß, die Vergangenheit des Krieges, die Ausschöpfung des Landes bis zum letzten um des Krieges willen, sind von entscheidender Bedeutung. Aber die Schwierigkeiten, die man von Washington aus der englischen Arbeiter-Regierung macht, dürfen nicht unterschätzt werden. Unser Bürgertum nützt sie aus. Unsere bürgerliche Presse hat sich ihrer bemächtigt. Die bürgerlichen Parteien denken schon daran, mit der englischen Krise die Nationalratswahlen zu bestreiten. Gerade darum ist es von entscheidender Bedeutung, daß wir unsern Standpunkt, unsern Weg klar und eindeutig festlegen.

In der Sowjetunion die Herrschaft des Einparteiensystems mit zahlreichen totalitären Begleiterscheinungen, die mit dem Einparteiensystem unweigerlich verknüpft und verbunden sein müssen. Trotzdem wissen wir, daß der Wiederaufbau der Welt und der Friede nur gesichert ist, wenn es gelingt, die Verständigung zwischen Washington und Moskau zu fördern und zu festigen. Wir müssen es deshalb ablehnen, eine feindliche Stellung weder nach der einen oder nach der andern Seite zu beziehen. Unsere Aufgabe ist es, im Kampf um den demokratischen Sozialismus die erforderlichen Abgrenzungen deutlich festzulegen, zu einer Verständigung unserer Politik zu gelangen und dadurch unseren Beitrag an eine Zusammenfassung der demokratisch-sozialistischen Kräfte unseres ganzen Kontinents zu leisten. Washington muß wissen, daß wir Sozialdemokraten nicht den dritten Weg Röpkes, sondern den Weg des demokratischen Sozialismus gewählt haben und dafür unsere ganze Kraft einsetzen. Moskau muß wissen, daß es keinen Monopolanspruch auf den Sozialismus, der dort seinen Sitz und sein Zentrum hat, gibt und der es sich erlaubt, alle Sozialisten, die nicht kritiklos die Politik der Sowjetunion begleiten, als Feinde zu bezeichnen oder als Halbfaschisten zu verleumden.

Ich würde mich ganz entschieden dagegen wenden, wenn der Versuch gemacht werden sollte, uns in irgendeine antibolschewistische Kombination zu manövrieren. Hinter dem Antibolschewismus verbirgt sich immer wieder die großkapitalistische Reaktion und die Kriegsgefahr. Gerade diese Haltung verpflichtet aber auch jeden, der sich zu ihr bekennt, den eigenen Weg der Sozialdemokratischen Partei unseres Landes und den eigenen Weg der Sozialdemokratischen Parteien der europäischen Länder eindeutig festzulegen und sich immer wieder zu ihm zu bekennen, den Weg, der zum Ziel des demokratischen Sozialismus führt.

Und nun ein Wort zur Einheit und Geschlossenheit der Partei. Der Parteitag der SPS des Jahres 1943 hat die schwerwiegenden, ja verhängnisvollen Folgen einer neuen Aufspaltung der Arbeiterbewegung unseres Landes erneut und vorausschauend angekündigt. Leider konnte diese Auf-

spaltung trotz unseren Bemühungen nicht verhindert werden. Ein Blick rings um unser Land, ein Blick auf die Welt, bestätigt die alte Wahrheit, daß die Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung ihre Gegner und ihre Feinde ermuntert, stärkt und die Opfer der Spaltung allein und ausschließlich den Werktätigen selbst auferlegt. Wer die Arbeiterbewegung, gleichgültig unter welchem Vorwande, nach dem was sich seit 1933 ereignete, trennt, ist mit der schweren Schuld ihrer Schwächung und der Verantwortung für die Erfolge der Reaktion belastet. Darum verbinden wir mit unserem Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus, der ein freiheitlicher Sozialismus ist und sein will, an unserem Parteitag das Bekenntnis zur Einheit und Geschlossenheit. Daraus wächst unsere Entschlossenheit empor, die Nationalratswahlen 1947 mit den Parteigenossen und Parteigenossinnen, mit den Gewerkschaftern und Gewerkschafterinnen, mit der Arbeiterjugend und der Arbeiter-Sport- und Kulturbewegung, aber auch mit allen andern Menschen, die irgendwo in den Betrieben, in den Büros, in der Stadt und auf dem Lande, arbeiten, zu führen, mit allen Werktätigen also, die sich durch die Nachkriegszeit und ihre Enttäuschungen nicht beirren oder niederdrücken lassen und die mit uns aus unserer sozialistischen Gesinnung und Ueberzeugung immer wieder die Kraft schöpfen, für den Kampf um den menschlichen Fortschritt.

Die Etappen auf dem Wege zum Ziel

Das Ziel ist klar. Der demokratische Sozialismus, erreicht und verwirklicht durch den erfolgreichen Kampf um die «Neue Schweiz», ist unser Ziel. Dieses Ziel in Etappen, Schritt um Schritt, mit demokratischer Zähigkeit und Geduld zu erkämpfen und zu verwirklichen ist unsere Verpflichtung. Es geht um das Schicksal des Arbeiters, es geht um den großen Kampf gegen die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gefahren der Zeit, es geht um die Ueberwindung der Armut und der Not.

Der am letzten Oktobersonntag neu zu wählende Nationalrat, der größtenteils neu zu wählende Ständerat stehen vor weittragenden Aufgaben. Die alte, für viele auch so schöne Zeit des ungehemmten Liberalismus ist im Sterben. Die neue, die bessere Zeit, die wir erstreben, ist noch nicht Wirklichkeit. Sie ist erst im Werden. Sie wird aber nur dann werden, wenn wir selbst bereit sind zu handeln. Von uns, unserer Kraft und unserer Entschlossenheit hängt es ab, ob Rückfälle schwerwiegender Art vermieden werden können. Rückfälle sind leider möglich. Erkennen wir das klar und vergessen wir nicht, die schweren Jahre der Krise, die die Zeit vor dem Kriege auch in unserem Lande gekennzeichnet haben.

Darum gehört zu den Aufgaben des Parlamentes in den nächsten vier Jahren, die Ausführungsbestimmungen zu den Wirtschaftsartikeln zu erlassen. Die Wirtschaftsartikel geben dem Bund die Befugnis,

«die gesetzlichen Voraussetzungen für die Mehrung der Wohlfahrt des Volkes und die wirtschaftliche Sicherung der Bürger zu schaffen.»

Wir sind am 18. Mai unterlegen. Wir haben trotzdem am 6. Juli den Wirtschaftsartikeln zugestimmt. Es gilt jetzt, aus den Wirtschaftsartikeln

das Maximum für die Arbeiterschaft herauszuholen. Dafür bestehen Möglichkeiten.

Die Wirtschaftsartikel sagen in Ziffer 3 des Art. 31:

«Wenn das Gesamtinteresse es rechtfertigt, ist der Bund befugt, nötigenfalls in Abweichung von der Handels- und Gewerbefreiheit, Vorschriften zu erlassen:

- a) zur Erhaltung wichtiger, in ihren Existenzgrundlagen gefährdeter Wirtschaftszweige oder Berufe sowie zur Förderung der beruflichen Leistungsfähigkeit der Selbständigerwerbenden in solchen Wirtschaftszweigen oder Berufen;
- b) zur Erhaltung eines gesunden Bauernstandes und einer leistungsfähigen Landwirtschaft sowie zur Festigung des bäuerlichen Grundbesitzes;
- c) zum Schutze wirtschaftlich bedrohter Landesteile;
- d) gegen volkswirtschaftlich oder sozial schädliche Auswirkungen von Kartellen und ähnlichen Organisationen;
- e) über vorsorgliche Maßnahmen für Kriegszeiten.»

Eine Mehrung der Wohlfahrt des Volkes haben in unserem Lande in allererster Linie die arbeitenden Menschen vom Staate zu erwarten und zu fordern. Die wirtschaftliche Sicherung haben die Arbeiter und Angestellten, haben die kleinen und mittleren Bauern zu fordern. Die verfassungsmäßige Grundlage besteht. Die Gesetzesentwürfe zu gestalten und dadurch einen weiteren Schritt vorwärts zu gehen, ist eine der Aufgaben, die sich nunmehr stellt. Die andere Aufgabe, wo wir als Helfer mitzuwirken bereit sind, soweit wir selbst es mit unserem Gewissen, unserer Verantwortung vereinbaren können, besteht darin, daß die Landwirtschaft den ihr gebührenden Schutz erhält. Wir haben ein Interesse an der Erhaltung einer gesunden Landwirtschaft, an einer Festigung und Sicherung des bäuerlichen Grundbesitzes.

Artikel 31quiquies der Bundesverfassung sagt:

Der Bund trifft in Verbindung mit den Kantonen und der privaten Wirtschaft Maßnahmen zur Verhütung von Wirtschaftskrisen und nötigenfalls zur Bekämpfung eingetretener Arbeitslosigkeit. Er erläßt Vorschriften über die Arbeitsbeschaffung.

Wir legen das Schwergewicht auf «Maßnahmen zur Verhütung von Wirtschaftskrisen». Wir wollen den Rückfall in Arbeitslosigkeit verhüten. Diesen Kampf kann nur die Sozialdemokratische Partei mit dem Gewerkschaftsbund zusammen, diesen Kampf kann im Parlament nur eine starke sozialdemokratische Fraktion führen.

Artikel 34ter der Bundesverfassung gibt dem Bund die Befugnis, Vorschriften aufzustellen über:

- a) den Schutz der Arbeitnehmer;
- b) das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, insbesondere über die gemeinsame Regelung betrieblicher und beruflicher Angelegenheiten;
- c) die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen und von andern gemeinsamen Vorkehren von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden zur Förderung des Arbeitsfriedens.

Der gleiche Artikel enthält auch noch eine Reihe von wesentlichen Bestimmungen, so über die Arbeitslosenversicherung, die berufliche Aus-

bildung, die teils für die Arbeiterschaft, teils für die arbeitenden Kreise unseres Volkes von Bedeutung sind.

Ich wiederhole: Wir besetzen die Stellung, die am 6. Juli durch die Annahme der Wirtschaftsartikel errungen wurde. Und es hängt nicht nur von der Kraft der Arbeiterschaft, sondern auch von der geistigen Haltung ab, was aus diesen neuen Verfassungsartikeln geschehen wird. Sie bedeuten, wenn alle diese Voraussetzungen erfüllt werden und erfüllt sind, eine Abkehr von der Vergangenheit, einen Schritt auf dem Wege, an dessen Ende wir unser Ziel, den demokratischen Sozialismus stellen. Also ein gewaltiges Arbeitsfeld, das sich hier auftut, eine große Verantwortung, die uns allen übertragen ist, eine Unsumme von Kleinarbeit, eine Fülle von großen Auseinandersetzungen und Kämpfen, beherrscht von der Kraft der Sozialdemokratischen Partei.

Der Kampf gegen die Wohnungsnot

Ein sozialdemokratischer Parteitag kann in dieser Stunde nicht stattfinden, ohne ein lautes, deutliches Wort zur Wohnungsnot in unserem Lande zu sagen. Zu den unmittelbaren Sorgen, die größtenteils besonders die Arbeiter in Stadt und Land, die Angestellten bedrücken, gehört die Wohnungsnot. In den Jahren 1930 bis 1934 wies unser Land eine starke Wohnbautätigkeit auf. In den Jahren 1935 und folgende kam es zu einem vollständigen Zusammenbruch in der Beschaffung weiterer Wohnungen. Er war nicht gleichmäßig über das Land verteilt. Schon im Jahre 1938 begann die Wohnungsknappheit sich wieder in zahlreichen Städten bemerkbar zu machen. In den Jahren 1939 und 1940 wurde die Wohnungsnot zur Tatsache. Eine Uebersicht gibt folgende Zahlen:

Jahr	Wohnungsproduktion	Wohnungsbedarf
1939	10 952	12 715
1940	5 990	13 918
1941	5 758	18 679
1942	6 682	17 730
1943	7 335	16 420
1944	10 375	12 565
1945	ca. 12 000	ca. 14 000
1946	ca. 13 000	ca. 14 000

Ich wage es, heute zu erklären, daß wir zurzeit in unserem Lande 45 000 Wohnungen zu wenig haben. 45 000 Wohnungen sind notwendig, wären heute notwendig, wenn der durchschnittliche Leerwohnungsbestand 1,5 Prozent betragen würde. Ich stütze mich nicht allein auf meine Erhebungen, sondern auf die Erhebungen des Städteverbandes. Was das heißt, 45 000 Wohnungen zu wenig, das wissen wir, die wir die Arbeiterschaft vertreten, am allerbesten. Dabei besteht dieser Wohnungsbedarf nicht nur in den Städten, er besteht auch in größeren und kleineren Gemeinden. Der Kampf gegen die Wohnungsnot ist deshalb ein zentrales Problem geworden, ist zu einem Kampf gegen die Obdachlosigkeit geworden. Immer deutlicher stellt sich die Frage, ob mit den bisherigen Mitteln aus-

zukommen ist. Die Zahl der Wohnungen, welche ohne öffentliche Subventionen erstellt werden, beträgt im Landesdurchschnitt zirka einen Drittel oder 34 Prozent. Zwei Drittel des Wohnungsbedarfes sind nur mit öffentlichen Subventionen zu erfüllen.

Wenn es der Reaktion gelingt, die Bundessubvention auf die Hälfte herabzusetzen, dann werden viele Kantone und Gemeinden nicht zurückbleiben. Dann besteht die große Gefahr, daß gerade der Teil des Wohnungsbaus für die Arbeiter zusammenbricht. Wir können diese Gefahr nicht deutlich genug signalisieren. Eine Reduktion der Subvention ist unannehmbar.

Die Subventionen sind aber eigentlich nur ein Notbehelf. Wir müssen den Versuch unternehmen, andere Wege zu beschreiten. Es ist grotesk, daß die Zementindustrie in unserem Lande darüber befindet, wieviel Zement vorhanden ist, daß die Ziegeleifabriken bestimmen, wieviel Ziegel da sind. Es geht viel Zement für den Bau von Flugplätzen weg. Die Erstellung der Flugplätze haben die Priorität, wird erklärt. Ich möchte hoffen, daß es nicht so ist. Aber wenn es so ist, dann ist es unsere Aufgabe, die Dinge zu überprüfen, denn der Vorrang gehört dem Wohnungsbau, dem sozialen Wohnungsbau. Der Arbeiter, von dem verlangt wird, daß er arbeitet, daß er seine Pflicht erfüllt, hat Anspruch auf ein Obdach.

Eine andere Frage in diesem Zusammenhang ist die Frage der Mietzinse. Wir sind der Meinung, daß die Mietpreiskontrolle zu bleiben hat. Aber wir müssen doch auch überprüfen, neben dem Kampf um die Niedrighaltung der Mietzinse, ob es sich nicht rechtfertigt, für private Bauten die Rendite herabzusetzen. Wir in Schaffhausen haben für den subventionierten Wohnungsbau nur eine fünfprozentige Brutto-Rendite zugelassen. Das bedeutet, daß wir eine Vier- oder Fünf-Zimmerwohnung immerhin noch bei 30 Prozent Subvention für 110 bis 130 Franken im Monat vermieten können. Ich sage das im Hinblick auf die Aufgaben, die sich in andern Städten stellen. Der Kampf um die Investitionskontrolle ist unerlässlich. Es muß damit auch die Bewilligungspflicht für industrielle und öffentliche Bauten verbunden werden. Ich sage das als Vertreter einer Stadt nicht gerne, aber ich sehe die Wohnungsnot derart kritisch, daß unser Parteitag nicht darum herum kommt, entschieden die Bewilligungspflicht zu fordern.

Es gibt noch eine ganze Reihe von Problemen in diesem Zusammenhang. Ich erinnere an die Verpflichtung, den Boden der Spekulation zu entziehen, ich erinnere an die Möglichkeit, in Baurechten bauen zu lassen, dort wo gemeindeeigenes Land vorhanden ist. Ich erinnere an etwas anderes. Die führenden Kreise des Gewerbeverbandes verlangen die Aufhebung der Mietpreiskontrolle für alle Häuser, die vor dem Kriege erstellt worden sind. Diese Häuser sind heute alle aufgewertet. Die kantonalen Brandassekuranzkassen anerkennen auf Gebäuden, die bis zum Jahre 1939 geschätzt wurden, einen Zuschlag von 75 Prozent. Wenn die Mietpreiskontrolle fällt, wenn der Mieterschutz zerstört werden sollte, wenn die sogenannte freie Wirtschaft sich durchsetzen sollte, dann entsteht auf

dem Gebiete des Wohnungsbaus eine unübersehbare Katastrophe, die die Arbeiterschaft entscheidend in ihrem ganzen Maße trifft. Die Wohnungsnot wird schlimmer. Der Schutz der Mieter besteht nicht mehr, die Mietzinse steigen in die Höhe. Das muß auch den Bundesrat interessieren. Deshalb diese Bedeutung dieses Problems und deshalb die unerläßliche Notwendigkeit für den Parteitag, ihm seine entscheidende Beachtung zu schenken.

Schutz der Kaufkraft des Arbeiters und die Landwirtschaft

Die Dürre in einzelnen Gegenden unseres Landes hat zur Signalisierung neuer Preisaufschläge für Milch, Butter und Käse geführt. Die Dürre ist eine Tatsache. Sie ist aber nicht gleichmäßig über das ganze Land eingetreten. Deshalb ist der nackte Preisaufschlag sogar nach der Meinung zahlreicher von der Dürre betroffener Landwirte nicht der Weg. Dagegen muß die Existenz des Landwirtes, also sein Viehbestand und seine Kaufkraft, geschützt werden. Die Mittel, die dabei anzuwenden sind, liegen nicht in der Linie neuer Preisaufschläge, sondern einzig und allein in staatlicher und genossenschaftlicher Hilfe für die von der Dürre schwer betroffenen Kreise unserer Landwirtschaft.

Wir unterstützen die Bestrebungen, die dem schwer betroffenen Teil der Landwirtschaft Hilfe angedeihen lassen. Wir sind der Auffassung, daß diese Hilfe in einem Maße zu erfolgen hat, die den betroffenen Landwirt vor empfindlichen Rückschlägen schützt. Aber es gibt andere Wege als die nackten Preisaufschläge. Der Bundesrat hat beschlossen, die Getreidepreisgarantie hinaufzusetzen und vorläufig diese 8,5 Millionen Franken auf die Bundeskasse zu nehmen. Es besteht die Möglichkeit, verbilligte Futtermittel zu beschaffen, um das Abstoßen des Viehbestandes zu verhindern. Es besteht die Möglichkeit, anstatt das Vieh für einen billigen Preis abzustoßen, dieses Vieh durch eine entsprechende Organisation vorübergehend in jene Landesteile zu verstellen, wo die Dürre nicht in Erscheinung getreten ist. Hier kann man helfen. Den Bauern ist mehr geholfen, wenn er im Frühjahr seine Küh wieder hat. Hier muß der Bund zusammen mit den Kantonen und Gemeinden, dort wo es am Platze ist, das Erforderliche vorkehren. Dabei ist es ganz klar, daß dafür die Reserven der landwirtschaftlichen Genossenschaften und Verbände auch herangezogen werden sollen. Das ist gegeben und eine selbstverständliche Verpflichtung.

Eine Ueberwälzung neuer Preisaufschläge auf die Konsumenten ist im Blick auf die geschilderten Verhältnisse und insbesondere im Blick auf die Finanzreform unanwendbar, wenn nicht dem Wettlauf zwischen Preis und Lohn und der Entwertung des Schweizer Frankens neue Schleusen geöffnet werden sollen. Im Zusammenhang mit der Frage der eidgenössischen Finanzreform wird ein Teil dieses großen Fragenkomplexes ergänzend gewürdigt, so daß wir uns mit einem deutlichen Hinweis darauf begnügen.

Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme, welche sich unserer Partei, den Gewerkschaften, unserem ganzen Volke stellen, sind groß, schwerwiegend und von schicksalhafter Bedeutung für unsere Zukunft. Wir haben nicht den geringsten Anlaß, hochmütig oder höhnisch auf andere Länder, deren Schwierigkeiten noch größer sind als die unsrigen, zu blicken. Die gegenwärtige Hochkonjunktur darf uns nicht täuschen. Sie ist nicht solid, sie ist nicht gesichert, sie ist von Rückschlägen früher oder später bedroht. Wir haben keine Garantie, daß die bürgerlichen Parteien, entgegen ihren Wahlversprechungen und Proklamationen, entschlossen sind, den Weg zu gehen und die Mittel zu wählen, die das arbeitende Volk unseres Landes in den nächsten Jahren und Jahrzehnten gegen Wirtschaftskrisen, Obdachlosigkeit, Teuerung und Inflation schützen. Und doch wissen wir, daß der Kampf um diese Verhinderung geführt werden muß. Wir müssen ihn selber führen in den nächsten Jahren und in den nächsten Jahrzehnten als die zentrale große Aufgabe.

Was sich in unserem Lande zeigt, ist ein rücksichtsloser Drang zum Verdienen, der eine verhältnismäßig schmale Schicht, die keinerlei Opfer weder in Krisen noch in Kriegs- oder Nachkriegszeiten brachte, erfaßt hat. Ohne eine grundlegende Aenderung unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik, ohne eine grundlegende Aenderung in der Erfassung der Aufgaben, die sich stellen, und ohne eine entsprechende Aenderung in der Verteilung der Lasten, müßten wir früher oder später eine wirtschaftliche Katastrophe für einen Teil unseres Volkes ernstlich befürchten. Ihr wollen wir jedoch in Ausnützung der Erfahrungen der Vergangenheit und der Erkenntnisse der Zusammenhänge in der Gegenwart rechtzeitig entgegentreten.

Das Schweizervolk hat sich am 6. Juli für eine Politik der eidgenössischen Solidarität und der gegenseitigen Hilfe ausgesprochen. Das Schweizervolk hat am 6. Juli Abkehr von der privatkapitalistischen Profit- und Machtpolitik beschlossen. Daraus gilt es am letzten Oktobersonntag die erforderlichen Schlüsse zu ziehen. Nur eine starke Sozialdemokratische Partei der Schweiz, nur eine wirkungsvolle Vertretung der Werktätigen im Nationalrat, im Ständerat und im Bundesrat gewährleisten die Fortsetzung der Entscheidungen vom 6. Juli 1947. Die bevorstehenden Wahlen schließen das Kampfbjahr 1947 ab. Sie werden das Kampfbjahr dann im Interesse aller Werktätigen krönen, wenn wir in Stadt und Land, im kleinen und im großen, uns unserer Verantwortung bewußt sind. Die Herbstwahlen 1947 bedeuten mehr als nur eine Entscheidung über die Zusammensetzung der eidgenössischen Kammern. Sie sind eine im wahren Sinne des Wortes entscheidende Etappe, die über die Zukunft unserer Demokratie, unseres Volkes und unseres Landes entscheiden wird. Eine neue, eine soziale, eine demokratische Schweiz ist unser Ziel. Der demokratische Sozialismus ist es, der unsere Arbeit, unsere Zuversicht und unsere Kampfkraft erfüllt. Unser Land hat sich in den Gefahren der Kriegsjahre behauptet. Unser Volk hat in diesen

Jahren eine unvergleichliche Bewährungsprobe bestanden. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz ruft alle Sozialisten, alle Gewerkschafter, alle Werktätigen auf, den Kampf um die Lösung der Nachkriegsprobleme im gleichen Geist der Solidarität zu führen, weil nur dann die Sicherheit der Existenz aller, die Freiheit und Unabhängigkeit des ganzen Volkes und der Friede den kommenden Generationen erhalten bleibt.

J. Humbert-Droz, Rapporteur: Tout d'abord quelques mots concernant les résolutions. Les membres du Comité central ont reçu un projet. Il a été modifié dans une large mesure; la traduction du nouveau texte a été faite; les résolutions seront multipliées et réparties dans le courant de l'après-midi. Vous aurez ainsi le texte définitif proposé par le C.C..

Je passe au rapport sur les élections au Conseil national.

Il y a quatre ans, au congrès de Winterthour, à la veille des élections au Conseil national de 1943, le parti proclamait son programme la « Suisse nouvelle » qui a été à la base de l'activité du groupe parlementaire et de toute l'action du parti au cours de ces quatre dernières années. C'est sur cette base que nous avons lancé, avec l'Union syndicale, l'initiative pour la réforme économique et les droits du travail. C'est sur cette base que nous voulons continuer notre action. Les principes de la « Suisse nouvelle » n'ont pas encore pénétré dans la vie sociale et économique de notre pays. C'est pourquoi le parti maintient ce programme comme la ligne directrice de toute son action.

Quand les Etats-Unis sont entrés en guerre, Roosevelt proclama quatre libertés que le gouvernement américain entendait réaliser comme buts de guerre. De ces quatre libertés, nous en connaissions trois garanties par notre constitution: la liberté de conscience, la liberté de presse et la liberté d'association et de réunion. Roosevelt en proclama une quatrième: libérer l'humanité de la misère et de la crainte du lendemain. C'est d'une liberté économique et sociale qu'il s'agit. Comme socialiste nous avons salué cette promesse solennelle des grandes puissances parce que la libération économique et sociale est la garantie nécessaire à l'exercice des droits démocratiques. Là où la misère règne et où la crainte du lendemain existe, il est certain que les libertés politiques garanties par la Constitution reçoivent certaines limitations par suite de la dépendance économique et sociale des ouvriers à l'égard du patronat. On pourrait citer des faits nombreux de la pression exercée par le patronat sur les ouvriers actifs dans le mouvement social, limitant leur liberté de conscience, de presse, de réunion et d'association. C'est pourquoi nous avons considéré la quatrième liberté de Roosevelt comme un des buts que les travailleurs devaient atteindre à la fin de la guerre. Le rétablissement des libertés politiques que le fascisme avait abolies dans presque toute l'Europe est certes réjouissant, mais pas suffisant. La réalisation de cette quatrième liberté sera la garantie que le fascisme ne pourra pas revenir.

Je ne veux pas passer en revue la situation internationale actuelle. Le congrès a décidé ce matin de ne pas aborder les problèmes internationaux. Mais je ne crois pas que le monde dans son ensemble donne l'impression d'avoir réalisé cette quatrième liberté. L'insécurité règne, la crainte du lendemain existe et la misère a pris des proportions considérables dans la plus grande partie du monde. Nous ne devons pas attendre la réalisation de la libération sociale des hommes d'Etat. La classe ouvrière a fait cette expérience, longue et parfois amère, qu'elle n'obtient que ce qu'elle conquiert de haute lutte. Il est certain que les revendications de la « Suisse nouvelle » qui correspondent à la promesse solennelle de Roosevelt ne seront obtenues que de haute lutte contre les privilèges de la grande bourgeoisie. Depuis la fin de la guerre, certains milieux de la grande bourgeoisie internationale ont repris confiance dans leurs forces et nous assistons à l'heure actuelle à une offensive générale des forces réactionnaires qui s'appuient sur le capitalisme américain. Churchill attaque avec vigueur le gouvernement du Labour Party. En France, c'est le rassemblement des forces réactionnaires autour du général de Gaulle. En Italie et en Allemagne, les fascistes et nazis relèvent la tête. En Suisse, le fait que l'Association suisse des banquiers, l'Union du commerce et de l'industrie appuyés par le Parti conservateur catholique font des propositions au gouvernement fédéral pour la réforme des finances fédérales, dans le sens d'aggraver les charges des consommateurs, d'augmenter les tarifs douaniers et l'impôt sur le chiffre d'affaires tout en supprimant les impôts directs sur les grosses fortunes et les gros revenus, nous montre que les grands capitalistes reprennent confiance dans leur force et leur puissance et cherchent à imposer leur politique à l'Etat. Nous avons appris que Monsieur Théodore Aubert, de la Ligue anticommuniste, l'un des représentants les plus typiques de la réaction, ira faire un voyage aux Etats-Unis pour y trouver les appuis nécessaires afin de reprendre son activité anticommuniste et antisoviétique. Ces milieux, paralysés jusqu'ici par la défaite du fascisme et la vigueur des forces démocratiques, reprennent maintenant leur activité. Nous verrons aussi Musy reparaitre. La lutte s'engage pour le moment contre les communistes. Mais nous savons qu'elle vise tout le mouvement ouvrier. En Grèce, c'est déjà contre les syndicats et les socialistes que la réaction porte ses coups. C'est la grande offensive internationale du capitalisme et de la réaction contre les forces ouvrières et socialistes.

Si nous posons ce problème, c'est que nous pensons que le peuple suisse a réagi le 6 juillet de façon éclatante et nette aux menées dirigées contre les tendances socialistes, en acceptant tant l'assurance vieillesse et survivants que les articles économiques. A la veille du 6 juillet, les milieux de la grande bourgeoisie avaient exprimé leurs « craintes » à l'égard des conséquences financières de l'assurance vieillesse et survivants. Toute la coûteuse campagne d'affiches et de tracts contre l'assurance a été financée par ces milieux. Le 6 juillet, le peuple suisse, — alors qu'on avait fait appel à ses instincts égoïstes — a réagi en affirmant sa volonté de

créer une institution de solidarité et d'entraide par le moyen de l'Etat. Beaucoup de partis cherchent maintenant à accaparer le succès de la votation. Mais ce sont le Parti socialiste et l'Union syndicale qui, en première ligne, peuvent revendiquer le succès du 6 juillet. Car, sans la lutte de plusieurs dizaines d'années menée par le Parti socialiste et l'Union syndicale en faveur de l'assurance vieillesse et pour une économie dirigée, le résultat du 6 juillet n'aurait pas été ce qu'il a été. C'est grâce à cette lutte longue et tenace que nous avons pu entraîner la grosse majorité du peuple suisse.

Mais, le 6 juillet ne fut pas seulement la victoire du principe de solidarité et d'entraide. Ce fut aussi l'expression de la volonté de confier à l'Etat la tâche d'éliminer la misère et de faire face aux besoins sociaux de la grande masse des travailleurs. Un des principaux arguments des adversaires de l'A.V.S. était que l'initiative devait venir de la population elle-même et qu'il fallait combattre dans ce domaine l'ingérence de l'Etat. Ce n'est pas par hasard que le même jour le peuple suisse ait accepté aussi les articles économiques qui confèrent à la Confédération le droit d'intervenir dans la vie sociale et économique. Il y a à ces deux victoires une raison: le peuple sent qu'à défaut de l'intervention de l'Etat, l'initiative privée a fait et continuerait à faire faillite. C'est pourquoi il fait appel à la collectivité, à l'Etat pour organiser la solidarité.

L'interventionisme est le résultat d'une longue période d'expériences. Non seulement les ouvriers ont demandé l'aide de l'Etat au cours de la crise, pour la création d'occasions de travail et l'aide aux chômeurs. Ce sont aussi les paysans qu'on prétend si individualistes, qui sans cesse demandent l'aide de l'Etat. — Il n'y a pas de groupe social en Suisse qui fasse intervenir l'aide de l'Etat aussi fréquemment. Ces jours derniers ils ont réclamé l'intervention de l'Etat à propos de la sécheresse. Il est juste qu'à l'heure des difficultés l'une ou l'autre classe de la population fasse appel à l'Etat et que la collectivité vienne en aide à ceux de nos compatriotes qui sont dans la détresse. Dans les milieux de la bourgeoisie aussi on a fait appel à l'aide de l'Etat, l'industrie hôtelière, l'industrie de la broderie, l'horlogerie, sans compter les banques en déconfiture, ont fait appel à la Confédération. Ce sont les milieux bourgeois qui préconisent maintenant l'initiative individuelle et qui réclament la suppression des subventions de la Confédération ou leur limitation, Musy en tête, qui ont versé des centaines millions pour renflouer les banques en déconfiture.

Les nouveaux articles économiques donnent à la Confédération les compétences pour intervenir alors que jusqu'à présent ses interventions se sont exercées en dehors de la Constitution. Dès lors la question se pose de savoir comment l'Etat va utiliser ses nouvelles compétences, car les nouveaux articles économiques ne donnent pas de directives précises à ce sujet. Il s'agit de créer une législation qui en fixe l'application.

C'est donc de l'issue des élections aux Chambres fédérales que dépendra la politique sociale et économique du pays. Si les élections mar-

quent une victoire des partis bourgeois, l'intervention de l'Etat s'exercera en faveur des milieux de la grande bourgeoisie, contre les intérêts des travailleurs. Si par contre le 26 octobre, le scrutin marque une orientation à gauche, si la représentation de la classe ouvrière au parlement en sort renforcée, la politique économique et sociale du pays s'orientera vers le progrès social et économique. Je ne voudrais pas éveiller l'illusion que nous pourrions, le 26 octobre, opérer un renversement complet, de la situation politique, comme cela s'est produit en Angleterre en 1945. Nous n'avons pas en Suisse les mêmes lois électorales qu'en Angleterre qui permettent au parti relativement le plus fort d'emporter la grande majorité des sièges. Nous avons en Suisse la proportionnelle. Nous n'avons pas non plus connu les ébranlements de la guerre. Nous avons une situation plus stable. Avec notre régime électoral de la proportionnelle, les modifications qui se produisent au parlement ne peuvent être que de quelques sièges, mais ces modifications ont des répercussions sensibles sur l'orientation politique. Nous l'avons vu lors des élections de 1943 où, après le succès du Parti socialiste qui gagnait 11 sièges, la bourgeoisie a immédiatement admis la participation socialiste au Conseil fédéral. Elle avait senti que le courant allait à gauche et qu'il fallait faire des concessions à l'opposition. Ce succès électoral a permis au groupe socialiste des Chambres d'obtenir des résultats en faveur de l'A.V.S. qu'il n'aurait pas obtenu si ce courant à gauche n'avait pas existé. Dans les débats sur les articles économiques, le groupe parlementaire a donné aux articles économiques une autre allure qu'ils n'avaient au début. Tout cela, grâce au succès électoral de 1943. Maintenant que les bourgeois mènent l'offensive pour défendre leurs privilèges, si le P.S. subissait un échec le 26 octobre et était affaibli dans sa représentation, on en ressentirait immédiatement l'effet dans toute la vie politique, économique et sociale.

Nous savons aussi qu'il y a des groupes sociaux hésitant entre les travailleurs et la bourgeoisie: les représentants des employés, des paysans, certains groupes du petit commerce et de l'artisanat. C'est de l'orientation qui sera donnée au scrutin par le corps électoral, le 26 octobre, suivant qu'il y aura augmentation des voix socialistes ou non, que dépendra l'attitude de ces groupes intermédiaires et qu'il sera plus ou moins facile de traiter avec leurs représentants pour développer une politique sociale dans le pays.

L'application des principes de la « Suisse nouvelle » dépend dans une large mesure du résultat du scrutin; comme aussi le sort des travailleurs au cours des prochaines années. Ou bien progrès social, ou bien aggravation de l'offensive réactionnaire.

Mais il faut préciser. Le Comité central a formulé un certain nombre de revendications de la classe ouvrière qui prévoient l'intervention de l'Etat dans les affaires économiques et sociales du pays. Dans les cantons romands on oppose le fédéralisme et l'initiative individuelle à l'interventionisme et au dirigisme de l'Etat en affirmant que l'étatisme est lié à la bureaucratie et surtout à la limitation des libertés individuelles. On

présente le socialisme comme d'essence autoritaire, tendant à détruire les libertés individuelles. Nous devons poser nettement ce problème devant l'opinion publique de notre pays. Le socialisme n'entend nullement limiter la liberté individuelle. Il crée au contraire des conditions économiques et sociales qui permettent à la personnalité humaine de se développer, de s'affirmer, de s'épanouir.

J'ai déjà parlé des libertés promises par Roosevelt et affirmé que les libertés politiques qui sont liées au développement de la personnalité dépendent dans une large mesure de la liberté économique et sociale de l'homme. Combien de jeunes n'ont pas pu s'épanouir et faire éclore leur personnalité parce qu'ils ont vécu dans des conditions économiques difficiles qui les en empêchaient. Vous savez que cette inégalité existe à la naissance. Les uns naissent avec les moyens financiers et économiques qui leur permettent de s'épanouir; mais combien de ceux qui promettent de devenir des personnalités riches ont-ils été limités dans leur développement par les conditions matérielles difficiles où se trouvait leur famille? Lisez les annonces de nos journaux quotidiens où l'on demande constamment des élèves d'écoles primaires disposant d'un vélo pour faire les courses. Ce sont des enfants qui doivent venir en aide à leurs familles parce qu'il y a des petits frères et des petites sœurs à nourrir. Au moment de la sortie de l'école, ce sont des centaines d'annonces qui paraissent pour engager dans la production les enfants encore sur les bancs de l'école, et les faire travailler à l'usine, non comme apprentis, mais à un travail machinal quelconque. Ce qui se passe pour les jeunes arrive aussi aux adultes. Le régime capitaliste étouffe la personnalité parce qu'il exige, des uns, un effort exagéré au travail qui fatigue et épuise, tandis que les autres ont une abondance de richesses qui supprime chez eux le goût même de l'effort.

Nous pensons aussi que le développement de l'individu doit se faire dans une certaine direction, celle du service social pour la collectivité. C'est précisément ce que notre idéal socialiste veut réaliser. Dans le régime actuel, chacun est obligé de penser à soi, avant tout et toujours. C'est ainsi que la société crée et forme des égoïstes. Quand un homme réussit à percer, c'est le plus souvent en étouffant les autres, en les limitant dans leurs possibilités. Ce que nous voulons, c'est une société qui fasse appel à la solidarité et éduque dans le sens de l'entraide. C'est précisément ce premier succès de l'esprit de solidarité du 6 juillet que nous voulons étendre et élargir. Nous voulons que l'homme voie son intérêt non en opposition à celui des autres, mais en accord avec l'intérêt de ses semblables. C'est une rééducation de la personnalité que les conditions économiques et sociales nous permettront de réaliser dans un régime social transformé.

Il est nécessaire que nous mettions davantage en lumière cette idée que le socialisme ne veut pas étouffer la personnalité et l'individu mais au contraire créer des conditions économiques et sociales où ils pourront se développer et s'épanouir pleinement sans nuire aux autres.

Nos revendications, c'est tout d'abord *d'assurer le travail*. Pendant la guerre les organisations patronales et ouvrières et le gouvernement étaient d'avis que nous risquions d'avoir une crise économique à la fin de la guerre. Cette crise ne s'est pas produite. Nous connaissons une prospérité économique sans pareille dans l'histoire de la Suisse. La main-d'œuvre manque; on fait appel à la main-d'œuvre étrangère. Mais cette situation est instable et la crise peut venir d'un moment à l'autre. Nous en remarquons déjà des signes avant-coureurs aux Etats-Unis. Ce que le travailleur attend maintenant avant tout, c'est que le travail continue et qu'on puisse, par une organisation économique et sociale nouvelle *assurer le plein emploi* par l'intervention du pouvoir de l'Etat. C'est pourquoi la revendication d'assurer le travail et le revenu du travail à l'ouvrier et à l'employé est mise par nous au premier plan de notre programme d'action pour les élections, en soulignant que l'intervention de l'Etat ne doit pas consister seulement à venir en aide aux groupes sociaux en difficultés, mais doit prévoir les mesures à prendre pour prévenir la crise, et cas échéant l'affaiblir et y remédier.

Nous considérons que la première mesure à prendre dans ce domaine est *le contrôle des investissements de capitaux*.

Nous avons vu, au cours des deux dernières années, les fabriques sortir de terre comme des champignons au moment même où les communes se battaient pour obtenir les matériaux de construction nécessaires pour bâtir des maisons d'habitation. Les recommandations de prudence du Conseil fédéral ne suffisent pas, il faut un contrôle sévère des investissements qui empêche que soient créés de nouveaux moyens de production qui ne sont pas nécessaires à la vie du pays et qui seront les premiers frappés au moment d'une dépression économique.

Nous pensons aussi qu'un certain nombre de branches de notre production nationale ont acquis une telle importance pour le ravitaillement du pays et pour la vie économique et sociale du peuple entier qu'il est nécessaire de les arracher aux spéculations du profit privé et à certains groupes financiers et trusts pour les remettre à la collectivité.

C'est, premièrement, la production et la répartition de l'énergie électrique. Le Comité central a déjà désigné une commission sous la présidence du camarade Klöti pour étudier le problème de la nationalisation de l'électricité. C'est un fait que des sociétés qui détiennent le monopole de l'énergie électrique dans certaines régions du pays ont acquis depuis des dizaines d'années des concessions pour créer de nouvelles usines et que rien n'a été construit. Cela ne peut durer. Chaque année la crise d'énergie électrique revient avec plus d'acuité. Il faut que la Confédération prenne en mains la production et la répartition de l'énergie électrique dans le pays parce que l'initiative privée a fait faillite dans ce domaine.

Secondement, la production, la vente et la répartition des matériaux de construction doivent cesser d'être le monopole du trust du ciment et des briques. Vous savez les difficultés que le trust du ciment fait aux communes en leur vendant plus cher qu'aux entrepreneurs privés. D'autre part,

il a fait sauter des usines pour être quitte de payer des impôts, parce que, d'après lui, ces fabriques qui produisaient du ciment, ne lui rapportaient pas assez. Nous pensons que, dans la question des matériaux de construction, l'Etat doit intervenir et nationaliser cette branche de l'activité économique dont dépend le problème de l'habitation en Suisse. Il y a actuellement plus de 40 000 demandes de logements qui ne peuvent être satisfaites. Nous voyons ici comment la collectivité, malgré ses efforts, est livrée à l'arbitraire des trusts.

Troisièmement: la question du ravitaillement en charbon et de son importation est réglée par des firmes privées. Presque dans toutes les questions de portée nationale c'est le gouvernement qui décide; il est anormal que de grandes firmes puissent s'enrichir en important les denrées nécessaires à la vie du pays. Certaines branches qui sont des services publics doivent travailler dans l'intérêt de la collectivité et être soustraites à la spéculation et à l'enrichissement privés.

Enfin, quatrièmement, il en est de même du crédit, des banques et des grandes sociétés d'assurance.

Le parti a envisagé de procéder par degrés, en s'attaquant tout d'abord au problème de l'électricité. Il compte poser la question de la nationalisation de ces différentes branches comme premiers pas vers la « Suisse nouvelle ».

Je voudrais souligner le caractère de ces nationalisations. Il faut faire une distinction entre nationalisation et socialisation. Le passage de la propriété privée à la propriété collective — à la commune, au canton, à l'Etat — est une nationalisation. Mais nous mettons dans ce mot encore une autre idée: le rôle que doit jouer la classe ouvrière dans les entreprises nationalisées. Les nationalisations déjà réalisées en Suisse n'ont pas donné beaucoup de droits aux travailleurs des entreprises publiques. Dans nos efforts de nationalisation, nous devons tendre à la socialisation en intégrant au changement de propriété le droit de contrôle des travailleurs, le droit de gestion des ouvriers. Nous devons faire cette distinction et comprendre que la nationalisation doit assurer un rôle social nouveau aux travailleurs dans l'entreprise devenue propriété collective.

Le deuxième point de nos revendications comprend la création d'habitations à caractère social pour combattre la pénurie des logements. Nous pensons qu'il est nécessaire que la Confédération continue à intervenir pour encourager la construction de logements. Dans leur rapport, les experts financiers, appuyés par les milieux capitalistes qui se sont prononcés dans la question de la réforme des finances fédérales, ont préconisé la suppression des subventions fédérales pour la construction de logements. La première bataille à livrer contre les milieux réactionnaires est de demander le maintien des subventions de la Confédération qui entraînent aussi celles des cantons et des communes. Ces subventions sont aussi une garantie pour l'ensemble des locataires, car le jour où elles disparaîtraient, les nouveaux logements renchériraient considérablement et les vieux logements augmenteraient aussi de prix. Cela signifierait une

aggravation du niveau de vie de la classe ouvrière, un ébranlement de tout le système des prix et des salaires dont la spirale conduirait à l'inflation. Ce sont des milliards de plus-value foncière que l'on donnerait aux propriétaires fonciers. C'est pour cela que les propriétaires demandent avec insistance la suppression du contrôle des prix des loyers. Il faut donc maintenir tout le système de protection des locataires et intensifier l'aide pour la création de logements d'utilité sociale à des prix abordables pour les travailleurs.

Ceci nous amène au problème des prix et salaires. Les ouvriers ont réussi, en utilisant à fond leur force syndicale à compenser le renchérissement de la vie dans la plupart des métiers. J'avoue que, continuellement, le contrôle des prix autorise de nouvelles augmentations qui détruit cet équilibre. Tandis que la bourgeoisie cherche à nous enfermer dans le dilemme des prix et des salaires, nous devons toujours souligner le fait que le salaire ne joue pas le rôle essentiel dans la fixation du prix et qu'à côté du salaire le facteur profit joue souvent un rôle beaucoup plus considérable. Pour nombre de produits, 60 à 70 % du prix de vente constituent la marge du profit commercial et industriel. Le salaire ne représente qu'une part très réduite du prix de vente des produits. Il suffit de voir les résultats financiers de la plupart des grosses entreprises suisses qui enregistrent une augmentation des dividendes, une augmentation du capital, une augmentation des valeurs en bourse, employant les réserves pour distribuer des actions gratuites ou à valeur nominale qui valent beaucoup plus. Beaucoup d'entreprises non seulement versent des dividendes supérieurs mais élargissent encore leurs usines, intensifient leur production, renouvellent leur appareil de production, amoncellent les réserves. Dans certaines entreprises, pour éviter d'avoir à payer l'impôt sur les super-bénéfices, on a créé des caisses sociales pour le personnel. Il y a des maisons où ces caisses ont été créées, annoncées au fisc, mais ignorées du personnel! A Zurich, p. ex. dans une grande entreprise métallurgique qui fit faillite, ces fonds d'entraide sociale avaient disparu dans la faillite. Nous voyons quels moyens la haute finance emploie pour soustraire au fisc une partie de ses bénéfices.

Il faut donc faire intervenir le facteur profit dans le problème des prix et salaires et voir si l'on ne peut pas augmenter le salaire aux dépens du profit sans augmentation des prix.

Nous pensons aussi qu'il faut créer des conditions d'existence assurée à ceux qui ne peuvent pas vivre de leur travail. L'assurance invalidité ne pouvait être introduite qu'après l'assurance vieillesse. La Suisse ne devrait plus laisser les invalides aller gagner leur vie en colportant de porte en porte. L'assurance invalidité s'impose. Diverses sections ont fait la proposition au congrès de réformer l'assurance militaire et, à l'occasion de la réforme de l'assurance accidents et maladie, d'introduire dans la nouvelle loi l'assurance maternité et l'assurance invalidité. Il faut également élargir l'assurance accidents en y introduisant les maladies professionnelles. Nous considérons que cette révision s'impose. Sur le terrain fédéral,

une loi de vacances est également nécessaire. Les syndicats ont déjà obtenu de bons résultats et créé un état de fait, mais qui peut disparaître si une crise affaiblit la position des organisations ouvrières. C'est pourquoi il faut que ces conquêtes de l'action syndicale soient fixées dans une loi fédérale sur les vacances, qui établira de façon claire et nette, pour tous les travailleurs, le droit d'avoir des vacances payées, droit qui s'ajoutera aux autres droits déjà acquis.

Nous revendiquons encore que l'on assure à notre jeunesse la possibilité de s'instruire, que les écoles supérieures soient ouvertes également aux enfants de la classe ouvrière. Il est nécessaire que l'Etat intervienne et mette des fonds à disposition dans ce but.

La réalisation plus ou moins rapide de ces postulats dépend de l'effort que nous allons donner pour ces élections. Certains facteurs sont, à l'heure actuelle, défavorables au Parti. Dans un certain nombre de cantons, l'intervention du P.O.P. risque de nous enlever un ou deux sièges. Dans d'autres cantons, l'attitude du P.O.P. peut favoriser la réaction. D'autre part, il y a, à l'heure actuelle, une offensive réactionnaire contre le mouvement socialiste, dans laquelle on recourt à tous les moyens. On se plaît surtout en ce moment, à exploiter l'expérience anglaise. Si la presse bourgeoise suisse accorde maintenant tant d'importance à la situation internationale, c'est qu'elle entend jouer la carte anglaise contre nous au moment des élections en disant: voyez le résultat de la gestion socialiste en Angleterre. Or, de ces résultats, nous n'avons pas à rougir ni à nous en excuser, parce que nos camarades anglais ont procédé à la réalisation de leur programme de nationalisation. C'est seulement sous la pression du capital américain qu'ils ont dû retarder la nationalisation de l'industrie métallurgique et ils ont bien l'intention de la réaliser avant la fin de la législature. Mais, surtout, ils ont réalisé leur programme d'assurances sociales, un plan Beveridge amélioré par le Labour Party. Il n'y a pas de meilleur témoignage pour nos camarades du Labour Party que le résultat des élections complémentaires. Le gouvernement labouriste n'a pas perdu une seule des élections complémentaires qui ont eu lieu. Ce fait est sans précédent. Et c'est en dépit des difficultés et des efforts que l'on réclame du peuple, des mineurs p. ex. auxquels on demande d'élever la production, après leur avoir donné la semaine de cinq jours, et qui répondent en soulignant leur accord, sachant que l'industrie charbonnière est l'industrie clé du pays. Cela démontre combien le gouvernement est lié au peuple. Je doute que le Conseil fédéral puisse trouver dans la classe ouvrière suisse l'empressement que les mineurs britanniques mettent à réaliser la politique du gouvernement anglais. Si on a pris en Angleterre des mesures draconiennes dans certains domaines, c'est pour se rendre indépendant du dollar américain. La politique du gouvernement labouriste aux Indes témoigne de sa volonté de donner aux anciennes colonies leur indépendance et leur liberté. La France en ressent les répercussions en Indochine et la Hollande en Indonésie.

La bataille électorale sera rendue plus difficile par cette attaque. Mais elle nous permettra de répondre, de mettre plus de clarté dans les esprits et de détruire pas mal de préventions et de fausses nouvelles concernant les camarades d'Angleterre et d'autres pays.

Mais, je crois que les facteurs positifs sont beaucoup plus considérables. C'est tout d'abord l'état du parti, qui enregistre un grand nombre d'adhésions et aussi la cohésion du parti. Ce congrès montre que le parti ne connaît pas les déchirements intérieurs qu'il a éprouvés autrefois. Il est uni et décidé. Il s'est fixé un programme, la « Suisse nouvelle ». Nous avons là un atout pour faire appel à la confiance des travailleurs. Il y a aussi l'activité de notre groupe parlementaire qui nous permet de dire aux travailleurs: faites-nous confiance, car nous continuerons à travailler dans l'intérêt des travailleurs et de la grande masse du peuple. Je crois qu'il y a plus de facteurs positifs que de facteurs négatifs dans la situation présente.

C'est pourquoi nous pouvons envisager cette campagne électorale avec confiance tout en pensant que, de cette campagne, dépendra l'orientation de la politique suisse pour quatre ans. Il faut donner l'effort maximum pour obtenir le résultat maximum. Je pense à nos camarades neuchâtelois, qui ne songent pas à augmenter le nombre de leurs sièges et pensent seulement renouveler leurs deux mandats sans trop de difficultés. Je crois qu'il nous faut aussi vouloir augmenter le nombre de nos électeurs, si non il y aura une avance de la droite. Il faut donc malgré tout, donner l'effort maximum pour arriver au plus grand nombre possible de voix et afin que le courant à gauche se manifeste dans la population. Cela signifie que toutes nos sections doivent être mobilisées. Nous voulons lier la campagne de recrutement à la campagne de propagande pour les élections. Dans chaque section, il devra y avoir une cohorte de militants plus forte pour mener la lutte en faveur de nos revendications et pour soutenir la campagne en faveur de la réalisation de notre programme. C'est un appel à tous nos militants et à toutes nos sections de faire le maximum d'efforts.

Quand il s'est agi, au Conseil fédéral, de fixer le calendrier des élections et des votations de l'année 1947, on a chargé ce calendrier le plus possible. Notre proposition était de faire procéder à la votation sur l'assurance vieillesse et survivants et de renvoyer la votation sur notre initiative et sur les articles économiques après les élections au Conseil national. Le Conseil fédéral en a décidé autrement. Ces campagnes ont mis nos finances et nos militants fortement à contribution. Il y a eu là un certain calcul de nos adversaires qui ont pensé que la campagne du 6 juillet viderait nos caisses et fatiguerait nos militants. Sans doute, nos caisses ont été fortement mises à contribution. Nous avons constaté que nous possédions maintenant à peu près la moitié des fonds dont nous disposions pour la campagne électorale de 1943. Nous devons donc, dans une certaine mesure, restreindre notre action de propagande. Mais, ce ne sont pas tant les tracts et les affiches qui importent. C'est surtout la propagande individuelle de nos membres. Chacun doit se mettre au travail. Il s'agit d'entre-

prendre ce travail de recrutement et d'éclaircissement des esprits parmi tous ces travailleurs qui sont encore à gagner. Si nos sections et nos militants sont mis fortement à contribution, je suis persuadé cependant qu'ils ne manifestent pas de lassitude. J'ai été dans un grand nombre de sections de Suisse romande et de Suisse allemande et j'ai pu constater que les camarades ne sont pas fatigués par les campagnes, et qu'après le 18 mai ils n'étaient pas découragés par notre échec, mais au contraire contents d'avoir mené la bataille sur des principes. Je suis certain que cette campagne pour le 18 mai nous a permis de mobiliser plus largement les masses le 6 juillet, parce que nous avions déjà de l'entraînement et ceux qui ont pensé que notre Parti s'épuiserait ont fait un mauvais calcul. Notre parti est un parti jeune qui, au cours de ces campagnes, a pris de l'entraînement. Nos camarades sportifs savent que celui qui veut réaliser de grandes choses commence par s'entraîner. Les résultats de la compétition du 6 juillet sont encourageants pour nous. Loin de se lasser, nos militants et nos sections, entraînés par les deux batailles précédentes, donneront leur maximum d'efforts et obtiendront aussi le maximum de succès le 26 octobre.

* * *

Oprecht: Ich danke dem Genossen Bringolf für seine vortrefflichen Ausführungen.

Genosse Bringolf hat den Standpunkt der Parteileitung zu den aktuellen Fragen auseinandergesetzt. Wir stellen das Referat zugleich mit der Kundgebung zur Diskussion. Ich möchte Sie bitten, Stellung zu nehmen, eventuell Anregungen zu unterbreiten.

Treina (Genève): Je dois dire que le camarade Oprecht m'a pour ainsi dire mis le couteau sur la gorge, si cela était permis entre camarades en me demandant d'adresser au congrès quelques mots au nom des sections de Suisse romande pour expliquer la situation du parti dans ces cantons. Mais, je vous dois tout d'abord des remerciements pour m'avoir désigné à la vice-présidence de ce congrès. Si vous l'avez fait, c'est certainement pour témoigner à la Suisse romande et à Genève en particulier votre gratitude pour la lutte que le parti y mène. Peut-être doute-t-on parfois, en Suisse allemande, de la solidité de la socialdémocratie dans les cantons romands. Mais le temps de la crise est passé et nous avons maintenant la certitude non seulement que la socialdémocratie prendra sa revanche, mais encore que l'avenir lui appartient. Nous devons rendre hommage avant tout au canton de Vaud qui a reconstitué la plupart de ses sections et a même pu conquérir des municipalités entières. Les socialistes genevois l'ont également prouvé récemment encore aux élections municipales au cours desquelles notre parti a porté de 1 à 6 le nombre de ses municipaux. C'est le seul parti qui ait marqué une avance aux élections. Ce sont là des faits importants qui démontrent qu'en Suisse romande, malgré la défection de certains chefs qui n'avaient plus de socialiste que le nom, le socialisme est en réveil.

Permettez-moi de vous remercier de votre confiance.

Ce matin, Humbert-Droz soulignait que, depuis 1943, nous n'avons pas eu un parti aussi déterminé, aussi sûr de lui. En effet, en 1943 nous n'avions pas l'unanimité d'aujourd'hui, qui est impressionnante, ni la présence dans nos rangs d'une quantité de nouveaux et jeunes militants, présence qui démontre à ceux qui pourraient encore en douter que le sang circule dans les veines du parti, un sang jeune et constamment renouvelé. Vous nous avez donné l'exemple de la solidité des convictions. Nous voulons vous prouver, aux prochaines élections, la solidité du socialisme dans nos cantons romands, malgré les durs coups reçus et les disparitions dans nos rangs. Nous venons de discuter la résolution pour les élections au Conseil national. Ce texte est un peu lourd, mais il revendique, sur la base des principes de la «Suisse nouvelle», des réformes de structure qui doivent s'opérer en Suisse. Nous sommes tous de cet avis. Il y a dans nos rangs la volonté unanime de réformer la Suisse et de faire d'elle un pays réellement libre et socialiste.

Paul Steinmann, Zürich: Die Kundgebung, die Ihnen unterbreitet wurde, enthält im Punkt 3 einen Abschnitt, der sich mit dem Kampf gegen die Obdachlosigkeit befaßt. Ich möchte eine ganz kleine Ergänzung beantragen: «Durch die Einführung der Bewilligungspflicht für industrielle und öffentliche Bauten soll der Wohnungsbau besser gefördert werden können.» Ich möchte hier beantragen, daß auch der Bau von Geschäftshäusern der Bewilligungspflicht unterstellt wird.

Jetzt werden in Zürich eine große Zahl von Geschäftshäusern gebaut, zum Teil von riesigem Umfang. So wird zum Beispiel in der Nähe des Kongreßhauses in Zürich ein Geschäftsbau mit 28 000 Quadratmeter Nutzfläche erstellt. Das ist nur ein solcher Bau. Ich könnte eine ganze Anzahl solcher Neubauten nennen. Ich habe 13 Bauten aufgeschrieben, die jetzt begonnen oder beschlossen wurden. Ich habe geschätzt, daß durch diese Bauten von Geschäftshäusern 50 000 bis 60 000 Quadratmeter mehr Büroräume erstellt werden, darunter sind zwei Großbanken, die ihre Geschäftsräume vergrößern. Das hat zur Folge, daß ein großer Bedarf an Zement und Backsteinen sich geltend macht, und daß alle Baugenossenschaften ständig darum kämpfen müssen, daß sie genügend und rechtzeitig Backsteine erhalten. Jetzt ist auch der Kampf entbrannt um die Zuteilung von Zement. Bauobjekte, die jetzt noch begonnen werden könnten, können nicht ausgeführt werden, weil die Zuteilung von Zement und Backsteinen nicht gesichert ist. Die Bundesinstanzen machen die Bundessubvention davon abhängig, daß über die Zementzuteilung im richtigen Moment verfügt werden kann. Es ist darum sehr wichtig, daß wir auch den Bau von Geschäftshäusern der Bewilligungspflicht unterstellen.

Oprecht: Wir werden bei der Bereinigung der Kundgebung darauf zurückkommen. Da das Wort zur allgemeinen Diskussion nicht mehr verlangt wird, schlage ich vor, daß wir die Kundgebung abschnittsweise durchberaten.

Einleitung: Keine Wortmeldung.

Punkt 1: Keine Wortmeldung.

Punkt 2:

Oprecht: Ich verweise darauf, daß wir für die Prüfung dieser Probleme eine Studienkommission unter dem Präsidium von Genosse Klöti eingesetzt haben.

Punkt 3:

Oprecht: Hier wäre der Vorschlag von Genosse Steinmann beizufügen.

Wenk, Basel: Persönlich bin ich der Meinung, daß es sich beim Wohnungsbau, bei der Bekämpfung der Wohnungsnot um eines der brennendsten Probleme der Sozialpolitik handelt. Ich bedaure es, daß nicht Genosse Klöti zu dieser Frage hier reden kann. In unserer Mitte sind so viele Vertreter von Behörden in den Gemeinden, die die Dringlichkeit des Problems am eigenen Leibe kennen.

Die Lösung des Problems wird durch die Kundgebung nicht richtig erfaßt. Ich möchte trotzdem keinen Abänderungsantrag stellen. Wir befinden uns in einer gewissen Sackgasse bei der Bekämpfung der Wohnungsnot. Ich habe sehr große Zweifel, ob der Nationalrat den Beschluß des Ständerates wegen der Kürzung der Subvention für den Wohnungsbau ändern wird. Der Ständerat hat der reduzierten Unterstützung trotz des eindringlichen Votums von Genosse Klöti zugestimmt. Es bedarf einer Volksbewegung, damit eine Aenderung möglich ist. Wir befinden uns aber auch in einer Sackgasse, weil die Frage, ob noch gebaut werden will, sehr schwierig zu beantworten ist. Genosse Bringolf hat gesagt, daß in Schaffhausen gebaut wird mit einer Bruttoverzinsung von 5 Prozent. Ich würde mich sehr glücklich schätzen, wenn wir so bauen könnten, daß nur eine Rendite von 5 Prozent heraussehen würde. Auch die Genossenschaften sind nicht bereit, Wohnungen zu bauen, wenn wir nur eine Rendite von 5 Prozent zugestehen würden. Unsere Mietpreiskontrollstelle hat eine Rendite von 5,65 Prozent zugestanden. Wir sind nicht in der Lage, Genossenschaften zu finden, die bereit sind, Häuser zu bauen, wenn ihnen die Miet- und Pachtzinskontrolle nur eine Rendite von 5 Prozent zugesteht. Ich begreife diese Genossenschaften, denn sie bauen nicht nur für 10 Jahre, sie haben für eine längere Zeit ihre Finanzierung vorzusehen.

Es bleibt der kommunale Wohnungsbau. Der kommunale Wohnungsbau braucht sich nicht nach den Garantien der Zukunft zu richten. Wir müssen uns aber fragen, können wir mit dem kommunalen Wohnungsbau die Frage lösen? Ich gestehe Ihnen ganz offen, daß wir selbst in Basel-Stadt, wo die Voraussetzungen sehr günstig sind, nicht den ganzen Wohnungsbedarf über den Weg des kommunalen Wohnungsbaus erstellen können. Die Stimmberechtigten werden uns nicht sicher folgen. Das Problem ist aber brennend. Wir müssen daher prüfen, was tatsächlich notwendig ist und in jeder Gemeinde versuchen, das zu erreichen, was möglich

ist, um die Obdachlosigkeit zu bekämpfen. Die Resolution enthält diese Frage nicht, sie ist zu knapp. Dieses Problem muß von unserer Partei gut behandelt werden.

Genossenschaftsverbände verlangen, daß die Mietzinskontrolle larger gehandhabt werde, daß für Reparaturen größere Mietzinserhöhungen bewilligt würden. Das würde aber eine Lockerung der Mietzinskontrolle bedeuten. Selbst meine Kollegen im Regierungsrat sind der Meinung, daß die Miet- und Pachtzinskontrolle zu stark ist. Es wäre für unsere Vertreter in den Behörden sehr wichtig, wenn dieses Problem eingehend behandelt würde. Wir können diese Frage aber heute nicht erledigen, darum möchte ich keine Abänderungsanträge stellen. Ich möchte aber beantragen, daß dem Parteivorstand die Kompetenz erteilt wird, Genossen zu einer Kommission zusammenzurufen. Sie hätte die Fragen zu prüfen, was ist zu tun in bezug auf den Altwohnungsbau? Welcher Zins ist hier zuzugestehen mit Rücksicht auf die erhöhten Reparaturkosten, die gesamten Unkosten? Welcher Mietzins kann für den Neuwohnungsbau eingeräumt werden? Mit welchem Zinsfuß wird auch der Neuwohnungsbau auf einer gesunden Basis durchgeführt werden können?

Ich betrachte es als eines der wichtigsten Probleme, die uns sozialpolitisch beschäftigen, wie weit müssen die Gemeinden durch Subventionen die Baukosten übernehmen, um die Wohnungen zu einem erträglichen Zinsfuß dem Mieter zu überlassen?

Eine Kommission soll alle diese Fragen der Bekämpfung der Wohnungsnot behandeln.

Oprecht: Wir könnten vielleicht einen Kommunaltag durchführen, der sich speziell mit diesen Problemen befaßt. Wir werden selbstverständlich diese Fragen intern abklären, um mit bestimmten Auffassungen auftreten zu können. Wir nehmen die Anregung entgegen und werden sie in der Partelleitung behandeln.

Kunz, Biel: Ich möchte einen kleinen Zusatz beantragen. Dem 1. Satz des Punktes 3 der Resolution:

«Entschlossener Kampf gegen die Obdachlosigkeit durch die Förderung des Wohnungsbaus»

soll noch hinzugefügt werden:

«und durch die Zwangsbewirtschaftung der Baustoffe.»

Ich habe in der letzten Woche eine Rundfahrt durch 86 Baustellen von Biel gemacht. Ich habe dort gesehen, daß die Baustellen die reinsten Ruinen sind, es fehlt überall an Material. Ein Bauunternehmer nimmt dem andern das Material weg, man tauscht sich die Baustoffe aus. Es besteht ein richtiges Chaos. Wenn in diese Sache nicht Ordnung hineingebracht wird, so entsteht auch eine Preistreiberei. Es sind unproduktive Ausgaben, wenn man sich diese Baustoffe auf diese Art wegnimmt und mit kleinen Wagen von einer Baustelle auf die andere führt. Es beelendet einen, wenn man die Situation auf den Baustellen sieht. Wir kommen nur zu einer gewissen Ordnung, wenn die Zwangsordnung in den Bau-

materialien wieder eingeführt wird. Vielleicht äußern sich noch die Fachleute zu dieser Frage. Der Punkt 3 enthält diese bedauerliche Lücke.

Oprecht: Es wäre besser, wenn wir nur sagen würden «Bewirtschaftung» statt «Zwangsbewirtschaftung».

Giovanoli, Bern: Es ist durchaus am Platz, daß am Parteitag über das brennende Wohnbauprobem und die Notwendigkeit der andauernden Bekämpfung der Obdachlosigkeit einige Zeit verbracht wird. Ich möchte über diese ganze Entwicklung der Wohnbauförderung und unseren Bestrebungen und Bemühungen nicht eingehend sprechen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß sich unsere Partei in den letzten Jahren mit aller Kraft und Entschiedenheit in diesem Sektor der Wirtschaftspolitik eingesetzt hat. Und wenn etwas erreicht worden ist in den letzten Jahren, so ist es das Verdienst der Vertreter unserer Partei und der Gewerkschaften in allen diesen Verhandlungen, die stattgefunden haben. Genosse Reinhard hat sich bei diesen Verhandlungen große Verdienste erworben.

Ich mache darauf aufmerksam, daß im letzten Jahr eine Expertenkommission eingesetzt war von Vertretern der Partei und der Gewerkschaften und von Vertretern des Verbandes für Wohnungswesen und des Mieterverbandes. Es war also eine Expertenkommission dieser vier Verbände zum Studium dieser Fragen. Das Resultat dieser Studien liegt vor in einer Eingabe an den Bundesrat vom 22. November 1946. Was in dieser Eingabe auseinandergesetzt wurde, war die Grundlage unserer Verhandlungen. Ich begrüße es, wenn diese Vertreter wieder zusammengerufen werden, um das Problem neuerdings zu studieren, nachdem wir vor geänderten Gesichtspunkten und einer veränderten Sachlage stehen. Ich ziehe diese Art der Behandlung einem Kommunaltag vor. Das Problem hat verschiedene Aspekte. Es war von der Parteileitung richtig gehandelt, daß sie den Kampf gegen die Wohnungsnot derart klar und eindeutig an die Spitze des Programms gestellt hat. Wir müssen im Wahlkampf hinausrufen, daß es die Vertreter unserer Partei waren, die sich an die Spitze all dieser Bestrebungen gestellt haben, und daß wir es sein werden, die die Fragen und die Probleme weiter zu behandeln haben werden. Welche Bestrebungen sind auf der andern Seite vorhanden? Ich führe nur an: Wir haben die Bestrebungen von seiten der Haus- und Grundbesitzer und einzelner Vertreter bürgerlicher Parteien auf Aufhebung oder wenigstens auf eine wesentliche Lockerung der Mietpreiskontrolle. Wenn die Mietpreiskontrolle aufgehoben oder gelockert würde, dann würden wir vor einer glatten Katastrophe stehen. Wir würden in die Inflation abrutschen. Und deshalb müssen wir von dieser Stelle aus mit aller Deutlichkeit und aller Klarheit und Entschlossenheit alle Bestrebungen bekämpfen, die darauf hingehen würden, die gegenwärtigen Bestimmungen der Mietpreiskontrolle zu lockern.

Der andere Punkt ist die Frage der Bodenspekulation. Wir kommen zu keiner befriedigenden Lösung des Problems, solange mit dem städtischen Grund und Boden gemacht werden kann, was und wie es dem

Spekulant beliebt. Nun haben wir die Bewilligungspflicht nur im landwirtschaftlichen Sektor, aber noch nicht im städtischen Liegenschaftshandel. Unsere Nationalratsvertreter werden also unter diesen Gesichtspunkten zum rechten zu sehen und unsere Forderungen anzumelden haben.

Der dritte Punkt. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, daß wir das Wohnbauprobem und die Wohnungsnot beheben könnten ausschließlich mit der Wohnbauförderung und der staatlichen Hilfe im Sinne der Einfamilienhäuschen und der Genossenschaftsbauten. Gewiß, der genossenschaftliche Wohnbau hat die Priorität. Aber wir müssen uns etwas lösen von dem Komplex: «Jedem sein Einfamilienhaus». Es ist nicht möglich, diese Frage so zu lösen. Hierzu fehlen die objektiven Voraussetzungen. Wir haben zu wenig Boden; es ist auch eine Frage der Rendite und der Finanzierung. Wir dürfen die Notwendigkeit einer rationellen Erstellung von Wohnhäusern im Blockbau nicht übersehen. Wir haben neben dem genossenschaftlichen Wohnbau und dem Einfamilienhausbau auch den Blockbau mit einzubeziehen. Ohne diese Kombination ist das Problem nicht lösbar. Der Blockbau kann sehr zweckmäßig und geschickt erstellt werden. Wir dürfen nicht gegeneinander ausspielen: «Einfamilienhaus oder Blockbausystem». Es müssen beide Systeme berücksichtigt werden.

Und zum Schluß: Es ist die Auffassung vorhanden, teilweise innerhalb des Bundesrates, vor allem bei bürgerlichen Parteien, daß die staatliche Förderung des Wohnbaues nur eine Augenblicks- und eine Uebergangsmaßnahme darstellt und bald eingestellt werden muß. Wir haben am Parteitag den Grundsatz zu proklamieren, daß die staatlichen Aufgaben auf dem Gebiete der Wohnbauförderung und der Behebung der Wohnungsnot nicht nur eine Augenblicksaufgabe, sondern eine Daueraufgabe der Gesellschaft darstellt.

Kägi, Erlenbach: Der Sprechende hat seit mehr als fünf Jahren im Kanton Zürich mit den negativen Aufgaben der Wohnbaufrage: mit der Mietzinskontrolle, den Kündigungen und der Niederlassung zu tun. Leider beschäftigt sich der größte Teil der Arbeiterschaft mit der Wohnbaufrage erst dann, wenn er eine Kündigung erhalten hat. Er sollte sich aber in den Parteiversammlungen schon vorher darum kümmern, auch wenn er nicht gerade eine Kündigung im Hause hat.

In der Vorlage des Bundesrates, die im September zur Behandlung kommt, wird vorgeschlagen, die Subventionen für den privaten Wohnbau auf 5 %, für sozialen Wohnbau von 15 % auf 10 % zu reduzieren. Es wird damit eine Verminderung der Ausgaben des Bundes gesucht. Diese Vorlage ist aber auch ein Anstoß zur Lockerung der Mietzinskontrolle. Man will dazu kommen, daß auch die Kantone und Gemeinden die Subventionen vermindern. Damit würden die Mietpreise steigen. Dann kommt ein erster Angriff auf die Mietpreiskontrolle.

Der Bundesrat hat Ende Mai dieses Jahres jenen berühmten Erlaß wegen des Lohnstopps herausgegeben und hat dazu erklärt, daß der Franken nicht weiter entwertet werden dürfe. Ich habe ausrechnen lassen,

daß durch die Tätigkeit der Mietpreiskontrolle seit 1. September 1939 bei einem Teuerungsindex von 58,8 nur 0,5 % Erhöhung der Mietzinse eingerechnet sind. Man hat eben die Mietpreiskontrolle strenge gehandhabt. Wenn die Lockerung kommt und die Mietpreise steigen — die Hauseigentümer möchten auch gerne Kriegsgewinne machen —, dann müssen die Löhne erhöht werden um die Summe, die die Mietpreise steigen. Sie werden um 10 bis 20 % steigen. Dann werden die größten Lohnkämpfe kommen, die die Schweiz schon gekannt hat. Jawohl, dann werden wir eine richtige Inflation haben. Wenn die Mietpreise steigen, dann ist das ein Gewinn ohne produktive Arbeit.

Bei den Altwohnungen sind immer streng 5 bis 5 ½ % Bruttomietzinse bewilligt worden. Bei den Neuwohnungen können nach den Richtlinien 6 bis 6,75 % Bruttomietzinse zugestanden werden. Wir haben in einer Reihe von Konferenzen gefragt, warum man bei den Neuwohnungen so hoch gehe. Es wurde erklärt, man tue das, um den Bau von Wohnungen zu animieren. Was für Wohnungen werden heute gebaut? Es sind keine Wohnungen für die Arbeiter, sondern Wohnungen für den höchsten Mittelstand und die reichen Kreise. Wenn ich jeweils im Kanton Zürich für Dreizimmerwohnungen Mietzinse von 3000 bis 4000, ja bis 5000 Franken ausrechnen mußte, hat es mir fast die Finger gekrümmt. Der private Wohnungsbau baut nur, wenn es eine große Rendite abwirft. Und die Bodenspekulation? Da möchte ich betonen, daß die Herren der Vollmachtenkommission wünschen, daß der Bundesratsbeschluß vom 23. Januar 1945, der bestimmt, daß auch die privaten Grundstücke und die Baugrundstücke der Preiskontrolle unterstellt werden sollen, nicht in Kraft tritt. Man hat die Ausführungsbestimmungen nie herausgegeben und hat die Preiskontrolle nicht auf diese Grundstücke ausgedehnt. In fünf Jahren wurden die Grundstückspreise sehr erhöht. So wird heute am Zürichsee für den Quadratmeter Bauland ein Preis von 30 bis 35 Franken bezahlt, der früher 10—11 Franken kostete. Auf solchem Terrain können keine Wohnungen für die untern Kreise erstellt werden.

Wir haben heute im Kanton Zürich ungefähr 7000 bis 8000 Wohnungen zu wenig. 7000 bis 8000 Familien wohnen bei den Eltern, bei andern Familien, in Notwohnungen. Wer fliegt zuerst hinaus? Der ärmste Teufel der Arbeiterschaft fliegt aus einer Wohnung hinaus und findet keine Wohnung mehr.

Jawohl Einfamilienhäuser, aber damit wird man das Wohnungsproblem nicht lösen. Nur durch den Bau von Mehrfamilienhäusern wird das Problem gelöst. Es ist dem Arbeiter mit solchen Bauten besser gedient, besonders in jüngeren Jahren.

Was geschieht, wenn die Mietpreiskontrolle gelockert wird? Die Erhöhungen auf Altwohnungen müßten eigentlich abgeschöpft werden für Subventionen auf Neuwohnungen. Die Hausbesitzer und die Mieter würden aber deswegen Krach schlagen. Die Kommission der Partei wird sich auch mit diesem Problem beschäftigen müssen, weil es sehr heikel ist. Der Kanton Zürich hat seit 1942 annähernd 50 Millionen Franken Subven-

tionen für den Wohnungsbau ausgegeben. Weitere 30 Millionen Franken sollen neu bewilligt werden. Es wird immer schwieriger werden, diese Kredite durchzubringen. Beim Kampf um die Nationalratswahlen sollten wir die Arbeiterschaft aufrufen können, solidarisch für den Wohnungsbau einzustehen. Dem Ärmsten werden die Möbel auf die Straße gestellt. Der Sprechende hat die Gemeinden veranlassen müssen, die Leute wieder unterzubringen. Weite Kreise sollten geschlossen aufstehen, um diesem ganz bedenklichen Zustand abzuhelpen. Man sollte nicht nur daran denken, wenn man eine Kündigung hat, sondern solidarisch zusammenhalten, damit das Wohnungsproblem für die ärmsten Kreise der Arbeiterschaft gut und glücklich gelöst werden kann.

Stauffer, Bremgarten-Bern: Genosse Kägi hat auf ganz ernste Seiten des Wohnungsproblems aufmerksam gemacht. Ich möchte hier ein Beispiel anführen. Die Gemeinde Bremgarten hat eine sozialistische Mehrheit. Die Sozialdemokratische Partei hat das Wohnungsproblem zuerst behandelt. Es wurden Siedlungen und Wohnungen erstellt zu Mietpreisen von 130 bis 140 Franken. Diese Mietpreise sind aber für den Arbeiter untragbar. Es wurde darum verlangt, daß die Gemeinde Bremgarten einen sozialen Wohnungsbau durchführen sollte. Die Pläne für einfache Arbeitersiedlungen sind fertig. Eine Genossenschaft ist gegründet, alles ist bereit, aber bis heute ist die Verwirklichung am Verhalten der Banken gescheitert. Die Wohnungen kämen durchschnittlich auf 80 Franken im Monat. Es wäre ein Mietpreis, der für einen Arbeiter tragbar wäre. Aber die Arbeiter warten umsonst. Diese Bauten konnten nicht angefangen werden, weil die Banken erklären, solche Häuser interessieren uns nicht. Auch die Genossenschaftliche Zentralbank in Basel hat eine ähnliche Antwort gegeben. Sie wollen nur Häuser finanzieren, die rentieren. Billige Wohnungen sind für die Banken nicht interessant.

Das Problem wird darum nicht dadurch gelöst, daß man einfach Wohnungen erstellt. Wir müssen das Schwergewicht auf den sozialen Wohnungsbau richten, mit einem Mietzins, den der Arbeiter bezahlen kann. Eine sozialistische Gemeinde, die den Wohnungsbau anpacken will, wird von den Großbanken, vom Kapital sabotiert. Ich möchte darum wünschen, daß die Kommission auch die finanzielle Seite der Wohnsiedlungen überprüfen soll, damit auch für den Arbeiter gebaut werden kann.

Denzler, Zürich, stellt den Antrag auf Abbruch der Diskussion über diesen Punkt.

Oprecht: Es liegt ein Geschäftsordnungsantrag vor, daß die Diskussion abbrechen sei. Dem Antrag von Genosse Wenk, eine Kommission zu bilden zur Prüfung dieser Probleme, soll Rechnung getragen werden.

Der Antrag des Genossen Wenk ist unbestritten. Wir müssen über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Mit großer Mehrheit wird Abbruch der Diskussion beschlossen.

Oprecht: Wir müssen noch die Kundgebung bereinigen.

Zu Punkt 3 liegt eine Ergänzung von Genosse Steinmann vor; Beifügung von: «und für Geschäftshäuser». Genosse Kunz wünscht, daß beim 1. Satz noch hinzugefügt wird: «und durch die Bewirtschaftung der Baustoffe».

Durch den Antrag Kunz kommen wir in einen gewissen Widerspruch zu Punkt 2. In diesem Punkt ist auch inbegriffen, daß die Ordnung auch für Baumaterialien herbeigeführt wird. Sollen wir dies in Punkt 3 nochmals wiederholen?

Kunz: In Punkt 2 wird gesagt: «Herstellung von Baumaterialien». Es handelt sich aber nicht nur um die Herstellung, sondern vor allem um die Bewirtschaftung von Baumaterialien.

Oprecht: In Punkt 2 wird eine gemeinwirtschaftliche Organisation verlangt, darum wird auch die Bewirtschaftung von Baumaterialien richtig durchgeführt werden in dieser Organisation. Der Zusatz ist daher eigentlich überflüssig.

Kunz beharrt auf seinem Antrag.

Oprecht: Antrag Steinmann ist unbestritten, also angenommen. Antrag Kunz ist auch unbestritten, angenommen.

Punkt 3 der Kundgebung wird einstimmig angenommen.

Punkt 4: Keine Wortmeldung. Angenommen.

Punkt 5:

Affolter, Sils i. D.: Der Punkt 5 scheint mir zu wenig durchschlagskräftig. Dem Postulat fehlt das Salz, es ist zu wenig würzig. Ich beantrage dem Parteitag, folgendem Antrag zuzustimmen:

«Die Geschäftsleitung wird beauftragt, dieses Postulat so abzuändern, daß ihm der Charakter einer Gesetzgebung gegeben wird.»

Ich bin mir der Tragweite dieses Antrages bewußt und weiß, daß die Souveränität der Kantone die entscheidende Rolle spielt. Wir wollen unsere Forderungen so konkret stellen, daß sie von Volk und Räten ernst genommen werden müssen. Das Problem ist nur durch eine den sozialistischen Prinzipien entsprechende Finanzpolitik zu lösen.

Ich verweise darauf, daß bei uns die Bestimmungen für die Sekundarschule geändert wurden. Dadurch muß nun das Schulgeld erhöht werden. Dem Kinde des Arbeiters und des Bergbauern wird damit der Besuch der Sekundarschule nicht mehr möglich. Aber auch diese Kinder sollten die Sekundarschule ohne besondere Kosten besuchen können.

Oprecht: Dieser Antrag gehört nicht in die Resolution. Er geht als Antrag an die Geschäftsleitung. Wir sind bereit, den Antrag von Genosse Affolter mit dem «Erziehungsproblem» zu behandeln. Wir können aber nicht alle Anträge ins Manifest hineinnehmen.

Alle Punkte sind angenommen.

Steinmann: Wir haben nun von verschiedenen Seiten über die Wichtigkeit der Mietpreiskontrolle und darüber, was für Folgen es für die Mieterschaft hätte, wenn die Mietpreiskontrolle aufgehoben würde, Äußerungen gehört. In der Kundgebung ist in bezug auf diesen Punkt kein Wort gesagt. Die Kundgebung ist die Plattform, auf der wir die Nationalratswahlen durchführen. Es scheint mir von großer Wichtigkeit zu sein, daß in bezug auf diesen Punkt eine klare Forderung in der Kundgebung enthalten ist. Ich wollte daher unter Punkt 3 eine Ergänzung anbringen. Die Sache ist so wichtig, daß eine Ergänzung in dieser Hinsicht unbedingt notwendig ist. Ich mache darauf aufmerksam, daß gerade die Hausbesitzerkreise mit aller Macht dahinter sind, um die Mietpreiskontrolle abzubauen. Und Bundesrat Stampfli hat im Ständerat bei der Behandlung der Wohnbauvorlage erklärt, daß eine Lockerung der Mietpreiskontrolle nicht mehr zu umgehen sei. Aber daran, daß die Mietpreiskontrolle aufrecht erhalten bleibt, sind weite Kreise interessiert. Wenn wir die Angestelltenkreise für uns interessieren wollen, müssen wir eine klare Stellungnahme in die Kundgebung aufnehmen. Ich schlage daher folgenden Zusatz vor:

«Die Mietpreiskontrolle muß aufrecht erhalten bleiben, bis ein Leerwohnungsbestand von zirka 2 Prozent vorhanden ist.»

Oprecht: Die Kreispartei Zürich 4 schlägt in ihrem Antrag zu dieser Frage vor:

«Beibehaltung der Mietpreiskontrolle und der weiteren Vorschriften über den Mieterschutz, unter Ausdehnung des letzteren auf die seit 1941 erstellten Neubauten.»

Dieser Antrag wird der Kundgebung unter Punkt 3 hinzugefügt. Damit ist auch dem Antrag von Genosse Steinmann Rechnung getragen. Die Kundgebung gilt als Plattform für die Nationalratswahlen für die schweizerische und die kantonalen Parteien.

Der heutige Parteitag ist der Auftakt zu den Nationalratswahlen. Genosse Bringolf hat auf ein Schlußwort verzichtet.

Schluß: 18.10 Uhr.

Kundgebung des Parteitages zu den Nationalratswahlen 1947

Das Schweizervolk hat sich am 6. Juli mit erdrückender Mehrheit für eine Politik der eidgenössischen Solidarität und der gegenseitigen Hilfe ausgesprochen. Der 6. Juli bedeutete aber, durch die Annahme der Wirtschaftsartikel, auch eine Abkehr von der Vergangenheit und schuf die Voraussetzungen für eine neue Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Ohne den jahrzehntelangen Kampf der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei und ohne das entschiedene Eintreten der Arbeiterschaft für die Alters- und Hinterlassenen-Versicherung sowie für die Wirtschaftsartikel wäre der Erfolg vom 6. Juli undenkbar. Der 6. Juli bedeutet jedoch im Kampf um die wirtschaftliche und soziale Ausgestaltung unserer Demokratie nur eine Etappe. Unser Ziel ist die Verwirklichung der Neuen Schweiz. Es gilt,

*den neuen Staat der Arbeit,
der sozialen Gerechtigkeit und der Freiheit zu schaffen.*

In diesem neuen Staat darf kein Platz mehr sein für skrupellose Steuerdefraudanten und Großverdiener, für gewissenlose Konjunkturritter und für die zerstörerischen Tendenzen des Kapitalismus.

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz ist entschlossen, den Kampf in diesem Geiste zu führen und folgende Forderungen in den Mittelpunkt der bevorstehenden Auseinandersetzung über die Neuwahl des Nationalrates und des Ständerates zu stellen:

1. Die Sicherung der Existenz, der Arbeit und des ausreichenden Einkommens für alle Werktätigen in Stadt und Land. Ueberwindung der Armut und der Not, Kampf für eine krisenfreie wirtschaftliche Ordnung durch die planmäßige Lenkung der Wirtschaft und eine Wirtschaftspolitik der Vollbeschäftigung.
2. Kontrolle der Kapitalinvestitionen. Die Schlüsselindustrien, die für die Versorgung des Landes und des Volkes entscheidend sind, wie Energiewirtschaft, Herstellung der Baumaterialien, Einfuhr wichtiger Güter, Kredit- und Versicherungswesen, sind in eine gemeinwirtschaftliche Ordnung überzuführen. Nur dadurch werden sie der Profitgier der Trusts und der mächtigen Finanzgruppe entrissen.
3. Entschlossenster Kampf gegen die Obdachlosigkeit durch die Förderung des Wohnungsbaus und durch die Bewirtschaftung der Baustoffe. Der Vorrang gehört dem sozialen Wohnungsbau, der nur durch die Einführung der Bewilligungspflicht für industrielle und öffentliche Bauten und für den Bau von Geschäftshäusern gewährleistet werden kann.
Beibehaltung der Mietpreiskontrolle und der weiteren Vorschriften über den Mieterschutz, unter Ausdehnung des letzteren auf die seit 1941 erstellten Neubauten.
4. Ein eidgenössisches Feriengesetz muß das Recht auf Erholung als Ergänzung der demokratischen Bürgerrechte gewährleisten.
5. Der Jugend des arbeitenden Volkes muß der Zutritt zu allen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen unseres Landes ermöglicht werden.

Arbeiter, Angestellte! Euer Schicksal ist in Eure Hände gelegt. Ihr werdet am letzten Oktobersonntag dieses Jahres weitgehend darüber bestimmen. Die Nationalratswahlen des Jahres 1947 werden, wenn Ihr es wollt, das wirtschaftliche und soziale Antlitz unserer Demokratie in den nächsten Jahren verändern. Es geht um den Beitrag und die Leistung der Schweiz an eine konstruktive Nachkriegspolitik. Soziale Demokratie, Freiheit und Friede müssen im Kampf errungen werden.

Werktätige! Genossen! Ihr waret in den schwersten Stunden unseres Landes der Fels, an dem Faschismus und Fronten scheiterten. Ihr werdet auch, wenn Ihr zusammensteht, die soziale Demokratie erringen. Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz ruft Euch zu:

*Baut weiter im Sinne des wahren eidgenössischen Geistes vom 6. Juli!
Wählt am 26. Oktober die Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei!
Kämpft für die Verstärkung der Macht und des Einflusses des arbeitenden Volkes im Staate!*

Manifeste du congrès concernant les élections au Conseil national de 1947

Le peuple suisse s'est prononcé le 6 juillet à une majorité écrasante en faveur d'une politique de solidarité confédérale et d'entraide. Par l'acceptation des articles économiques le 6 juillet signifie aussi l'abandon du passé et la création des conditions nécessaires pour une nouvelle politique économique et sociale.

Le succès du 6 juillet n'a été possible que grâce à la lutte menée depuis des dizaines d'années par les syndicats et le Parti socialiste et grâce à l'attitude énergique de la classe ouvrière en faveur de l'assurance-vieillesse et survivants et des articles économiques. Mais le 6 juillet n'est qu'une étape dans la lutte pour la transformation économique et sociale de notre démocratie. Notre but est la réalisation de la Suisse nouvelle. Il faut créer le nouvel Etat du travail, de la justice sociale et de la liberté.

Dans ce nouvel Etat, il ne doit plus y avoir de place pour les fraudeurs du fisc sans scrupules et pour les gros profiteurs, pour certains requins de la vie économique et pour les tendances destructives du capitalisme.

Le Parti socialiste suisse est décidé à mener la lutte dans cet esprit et à poser les revendications suivantes au centre des discussions sur les nouvelles élections du Conseil national et du Conseil des Etats:

1^o Assurer l'existence, le travail et un revenu suffisant à tous les travailleurs de la ville et des champs, vaincre la pauvreté et la misère, lutter pour une économie sans crise grâce à une direction planifiée de l'activité économique et à une politique d'emploi complet.

2^o Contrôle des investissements financiers. Les industries-clefs, décisives pour le ravitaillement du pays et du peuple, comme l'énergie électrique, la fabrication et la vente des matériaux de construction, l'importation de denrées importantes, le crédit et les assurances doivent être intégrées à l'économie collective. Ainsi seulement elles seront soustraites à la rapacité des trusts et des puissants groupes financiers.

3^o Lutte la plus énergique contre la pénurie des logements en encourageant la construction d'immeubles locatifs. La construction de logements

d'utilité sociale doit avoir la priorité, ce qui ne pourra être assuré qu'en subordonnant à une autorisation officielle la construction d'immeubles industriels, publics et administratifs.

4° *Une loi fédérale sur les vacances* doit assurer le droit au repos comme complément-aux droits démocratiques du citoyen.

5° *Il faut mettre à la disposition de la jeunesse du peuple travailleur tous les moyens de s'instruire*, d'assurer sa formation professionnelle et son développement intellectuel.

Ouvriers, employés!

Vous tenez votre sort dans vos mains.

Vous le fixerez, dans une large mesure, le dernier dimanche d'octobre de cette année. Si vous le voulez, les élections au Conseil national de 1947 changeront l'aspect économique et social de notre démocratie au cours des prochaines années. Il s'agit de la contribution de la Suisse à une politique constructive d'après-guerre. C'est par la lutte que la démocratie sociale, la liberté et la paix seront assurées.

Travailleurs, camarades!

Pendant les heures difficiles de notre pays, vous avez été le roc contre lequel se sont heurtés et brisés le fascisme et les fronts. Unis, vous édifierez la démocratie sociale.

Continuons à construire dans le véritable esprit confédéral du 6 juillet!

Votez pour les candidats du Parti socialiste le 26 octobre!

Luttez pour renforcer le pouvoir et l'influence du peuple travailleur dans l'Etat!